

### Musterland mit Schwächen: Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Schweiz

Schulte, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulte, M. (2004). *Musterland mit Schwächen: Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Schweiz*. (IWG Impulse). Bonn: Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. (IWG). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-359866>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

---

**IWG**  
**BONN**

**IWG Impulse**

**Musterland mit Schwächen**  
**- Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Schweiz -**

**Martin Schulte**

**Bonn, Dezember 2004**

**IWG** Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. ∅ Wissenschaftszentrum ∅ Ahrstraße 45 ∅ 53175 Bonn  
**BONN** Telefon (0228) 37 20 44/45 ∅ Telefax (0228) 37 58 69 ∅ Konto: Postbank Köln 297189-509 (BLZ 370 100 50)  
Internet: [www.iwg-bonn.de](http://www.iwg-bonn.de) E-Mail: [kontakt@iwg-bonn.de](mailto:kontakt@iwg-bonn.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Kurzfassung .....</b>	<b>4</b>
<b>1. Wohlstand und Wachstum in der Schweiz .....</b>	<b>5</b>
1.1 Hohes Wohlstandsniveau trotz geringen Wirtschaftswachstums.....	5
1.2 Ursachen der Wachstumsschwäche.....	7
1.2.1 Rückstand beim Abbau staatlicher Monopole .....	11
1.2.2 Unvollendeter schweizerischer Binnenmarkt .....	12
1.2.3 Strenge Bauordnung und Raumplanung .....	14
1.2.4 Stark reguliertes Gesundheitswesen.....	15
1.2.5 Hemmnisse im Außenhandel .....	16
1.2.6 Standortnachteile durch hohes Preisniveau.....	17
1.2.7 Zunehmende Staatstätigkeit als Wachstumsrisiko .....	20
1.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	21
<b>2. Der Arbeitsmarkt in der Schweiz .....</b>	<b>23</b>
2.1 Niedrige Arbeitslosigkeit bei hohem Beschäftigungsniveau .....	23
2.2 Ursachen der guten Beschäftigungslage.....	26
2.2.1 Geschützter, beschäftigungsintensiver Binnensektor.....	27
2.2.2 Sehr erfolgreicher internationaler Sektor .....	28
2.2.3 Wirtschaftliche Sonderfaktoren .....	29
2.2.4 Liberales Arbeitsrecht .....	30
2.2.5 Aktivierende Arbeitsmarktpolitik .....	31
2.2.6 Dezentrale Lohnfindung.....	33
2.2.7 Geringe Abgabenbelastung von Arbeitseinkommen .....	34
2.2.8 Hohes Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung.....	36
2.2.9 Arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik .....	37
2.2.10 Hohes Arbeitsethos und mehr Eigenverantwortung .....	38
2.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	39
<b>Bibliographie.....</b>	<b>42</b>

## **Schaubildverzeichnis**

Schaubild 1:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro und Kaufkraftstandards im internationalen Vergleich 2003 .....	6
Schaubild 2:	Jahresdurchschnittliches Wachstum der Arbeitsproduktivität im internationalen Vergleich von 1991 bis 2002 .....	10
Schaubild 3:	Relatives Preisniveau und Pro-Kopf-Einkommen in 30 OECD-Ländern 1999 .....	18
Schaubild 5:	Abgaben, Ausgaben und Schulden des Staates in der Schweiz 1990 bis 2004.....	21
Schaubild 6:	Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich 2003 .....	23
Schaubild 7:	Erwerbstätigenquoten im internationalen Vergleich 2003..	24
Schaubild 8:	Belastung des Bruttolohns mit Steuern und Sozialbeiträgen im internationalen Vergleich 2002 .....	35

## **Länderverzeichnis**

A	-	Österreich	I	-	Italien
B	-	Belgien	IR	-	Irland
CA	-	Kanada	J	-	Japan
CH	-	Schweiz	L	-	Luxemburg
CZ	-	Tschechien	MX	-	Mexiko
D	-	Deutschland	NL	-	Niederlande
DK	-	Dänemark	N	-	Norwegen
E	-	Spanien	P	-	Portugal
F	-	Frankreich	S	-	Schweden
GB	-	Großbritannien	SF	-	Finnland
GR	-	Griechenland	US	-	Vereinigte Staaten von Amerika

## **Kurzfassung**

Die Schweiz wird aufgrund ihres hohen Wohlstands- und Beschäftigungsniveaus und der niedrigen Arbeitslosigkeit häufig als Musterland bezeichnet. Bei einer genaueren Betrachtung muss dieses Bild allerdings relativiert werden.

Zwar ist die Schweiz noch immer eines der reichsten Länder der Welt. Im internationalen Vergleich fiel sie jedoch in der jüngeren Vergangenheit bei zentralen Wohlstandsindikatoren zurück. Mehr und mehr Länder überholen die Eidgenossen beim Pro-Kopf-Einkommen und die Staatsverschuldung steigt fast nirgends so schnell wie in der Schweiz. Wesentliche Ursache hierfür ist die seit etwa drei Jahrzehnten andauernde Wachstumsschwäche. Nicht Deutschland, wie gemeinhin angenommen, sondern die Schweiz bildet in Europa seit geraumer Zeit das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Bleibt dieser Trend ungebrochen, wird die Schweiz ihren Wohlstandsvorsprung verlieren.

Vorerst hat die Schweiz aber trotz des geringen Wirtschaftswachstums ein sehr hohes Beschäftigungsniveau und eine niedrige Arbeitslosigkeit. Doch hat dieser Arbeitsmarkterfolg auch Schattenseiten. Einerseits ist der Arbeitsmarkt sehr flexibel, die Abgabenbelastung gering, das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen hoch, die Zuwanderungspolitik an den Interessen der Wirtschaft orientiert und das Arbeitsethos stark ausgeprägt. In ihrer Gesamtheit tragen diese Faktoren zur hohen Beschäftigung bei und helfen insbesondere, die Arbeitslosigkeit trotz des geringen Wachstums in Grenzen zu halten. Andererseits wird in der Schweiz ein großer Teil der Arbeitsplätze durch privaten und öffentlichen Protektionismus sowie Subventionen gesichert. Diese Form der Beschäftigungssicherung ist jedoch nicht nachhaltig und wird auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein. Denn die anhaltende Wachstumsschwäche hat nicht zuletzt ihren wesentlichen Grund in diesen Wettbewerbsbeschränkungen. Der hohe Beschäftigtenstand ist mit einer nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik und indirekt mit steigenden staatlichen Abgaben und Schulden teuer erkauft. Den Preis heutiger Arbeitsplatzsicherung müssen auch künftige Generationen bezahlen.

# 1. Wohlstand und Wachstum in der Schweiz

## 1.1 Hohes Wohlstandsniveau trotz geringen Wirtschaftswachstums

Die Schweiz hat ein sehr hohes Wohlstandsniveau. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro liegt sie im Vergleich mit 20 führenden Industrieländern auf Platz drei. Auch beim um Wechselkurs- und Preisunterschiede bereinigten Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftstandards<sup>1</sup> gehört sie mit dem sechsten Rang noch immer zur Spitzengruppe (siehe Schaubild 1).

Regional unterscheiden sich die Einkommen in der Schweiz jedoch stark. Die höchsten werden im Kanton Zug erzielt. Hier liegt das Volkseinkommen je Einwohner um 53 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Mit 71 Prozent des schweizerischen Mittels fällt es dagegen im Kanton Jura am niedrigsten aus.<sup>2</sup> Bezogen auf die Verteilung nach Einkommensklassen weist die Schweiz eine mittlere Streuung auf. In Großbritannien und den südlichen EU-Staaten liegen die oberen und unteren Einkommen weiter auseinander, während sie in Deutschland, Österreich und den skandinavischen Ländern weniger stark streuen.<sup>3</sup> Trotz der größeren Einkommensungleichheit sind die Schweizer mit ihrem Haushaltseinkommen im Durchschnitt zufriedener als Deutsche, Österreicher oder Schweden. Das gilt besonders für das unterste Fünftel der Einkommensbezieher.<sup>4</sup>

---

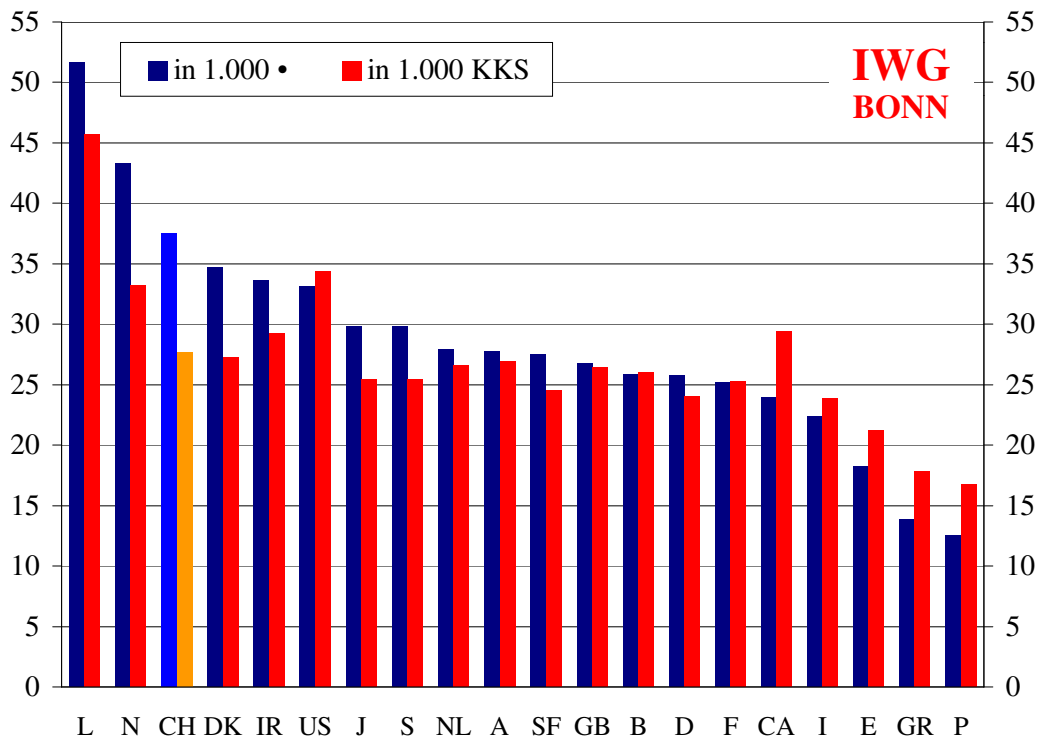
<sup>1</sup> Internationale Wohlstandsvergleiche in einer Währung sind problematisch. Einerseits können Wechselkursschwankungen das Ergebnis von einem auf das andere Jahr stark verändern. Andererseits werden keine Kaufkraftunterschiede berücksichtigt. So lassen sich für einen Euro in Spanien durchschnittlich mehr Güter und Dienste erwerben als etwa in der teureren Schweiz. Eine entsprechende Wechselkurs- und Preisdifferenzbereinigung erfolgt durch die Umrechnung in Kaufkraftstandards.

<sup>2</sup> Angaben für 2001 in Schweizer Franken. Vgl. BFS online. Unter: [www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber04/dufr04.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber04/dufr04.htm)

<sup>3</sup> In der Schweiz waren 1998 die Nettoeinkommen des oberen Fünftels der Einkommensbezieher 5,6 mal größer als die des untersten Fünftels. Der Durchschnitt der EU lag bei 5,4. In Großbritannien waren es 5,7, in Italien 5,9 und in Spanien 6,8. In Deutschland betrug die Relation 4,8, in Österreich 3,8 und in Schweden 3,4. Vgl. BFS (2003), digital, G20.02.

<sup>4</sup> Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen erreichen die Schweizer auf einer Skala von Null (sehr unzufrieden) bis Zehn (sehr zufrieden) einen Durchschnittswert von 7,5. In Österreich sind es 7,2, in Schweden 7,0 und in Deutschland 6,7. Beim untersten Einkommensquintil erreichen die Schweizer einen Wert von 6,6, die Schweden von 6,1, die Österreicher von 5,9 und die Deutschen von lediglich 5,2. Vgl. WZB (2002), v28, S. 163f.

**Schaubild 1: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro und Kaufkraftstandards im internationalen Vergleich 2003**



Quelle: Europäische Kommission (2004): AMECO

Die Schweiz hat ihren Wohlstandsvorsprung in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgebaut. Gerade in der Zeit zwischen 1913 und 1950, in der in den meisten durch Krieg und Wirtschaftskrise gebeutelten Ländern das Pro-Kopf-Wachstum rückläufig war, konnten die neutralen Schweizer weiter zulegen.<sup>5</sup> In der Nachkriegszeit wurde die Schweiz schließlich noch vor den USA zum reichsten Land der Welt.

1960 war das schweizerische Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftstandards fast doppelt so hoch wie in Österreich oder dem Mittel der EU-15, 50 Prozent höher als in Westdeutschland und 25 Prozent über dem der USA. Allerdings hat sich die relative Einkommensposition anschließend kontinuierlich verschlechtert. 1989 wurde die Schweiz von Luxemburg, 1993 von den USA, 1996 von Norwegen und 2002 von Irland und Kanada überholt. In wenigen Jahren dürfte sie sich hinter Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien und Österreich nur noch auf einem Rang im Mittelfeld wiederfinden.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Maddison (2001), S. 185f.

<sup>6</sup> Vgl. Europäische Kommission (2004), eigene Berechnung.

Ursächlich für diese Entwicklung ist die seit drei Dekaden andauernde Wachstumsschwäche. Von 1960 bis 1970 wuchs das schweizerische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner real noch mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 3,1 Prozent. Anschließend verlangsamte sich das Wachstum deutlich. In den siebziger Jahren betrug der jahresdurchschnittliche Zuwachs nur 0,9 Prozent, in den folgenden zehn Jahren 1,5 Prozent und zwischen 1991 und 2004 lediglich noch 0,5 Prozent.<sup>7</sup> Dies war das niedrigste Wachstum aller OECD-Länder.

## **1.2 Ursachen der Wachstumsschwäche**

Ein Teil des schwächeren Wachstums lässt sich durch einen Basiseffekt erklären. Ausgehend von einem hohen Niveau sind die relativen Zuwachsraten tendenziell rückläufig. Das gilt auch für andere frühindustrialisierte Länder. Allerdings haben viele dieser Staaten mittlerweile ein vergleichbares oder höheres Wohlstandsniveau erreicht und wachsen dennoch zügiger als die Schweiz. Dies ist ein Hinweis auf strukturelle Probleme, aufgrund derer die schweizerische Volkswirtschaft nicht ihr volles Wachstumspotential entfalten kann. Darüber hinaus sind in der Schweiz geringqualifizierte und ältere Arbeitskräfte überdurchschnittlich in den Arbeitsmarkt integriert. Diese Personengruppen erzielen allgemein unterdurchschnittliche Produktivitätszuwächse und tragen daher weniger zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Allerdings trifft dies auch auf andere, beispielsweise die skandinavischen Länder zu, die dennoch eine bessere gesamtwirtschaftliche Entwicklung realisieren.

Als zentrales Strukturproblem der Schweiz ist die ausgeprägte Zweiteilung der Wirtschaft hervorzuheben. Einem kleinen, offenen und hoch produktiven internationalen Sektor steht ein großer, abgeschotteter und gering produktiver Binnensektor gegenüber.

Zum schweizerischen Wohlstand tragen entscheidend die Unternehmen des internationalen Sektors bei. Hierzu zählen wissens- und kapitalintensive Branchen wie das Finanzgewerbe, die chemisch-pharmazeutische Industrie,

---

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, eigene Berechnung.



der Maschinenbau sowie die feinmechanische und Uhrenindustrie.<sup>8</sup> Zwar arbeitet im internationalen Sektor schätzungsweise nur etwa ein Sechstel aller Erwerbstätigen. Doch erwirtschaften diese mehr als ein Drittel der nationalen Bruttowertschöpfung.<sup>9</sup> Allein 14 Prozentpunkte hiervon entfallen auf das Finanzwesen.<sup>10</sup> Hinzu tritt die Wertschöpfung, die durch die Nachfrage nach im Inland erbrachten Vorleistungen des Binnensektors generiert wird.

Der überdurchschnittliche Wertschöpfungsanteil des internationalen Sektors resultiert aus einer hohen Arbeitsproduktivität. So erwirtschaften Beschäftigte im Finanzwesen etwa drei mal soviel wie im Schnitt aller Branchen. In der chemisch-pharmazeutischen Industrie ist der Output doppelt so hoch.<sup>11</sup> Aufgrund ständiger Produktivitätssteigerungen leistet der internationale Sektor zudem einen wichtigen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum. So legte die nationale Bruttowertschöpfung in den neunziger Jahren real um jahresdurchschnittlich 0,8 Prozent zu. Allein 0,4 Prozentpunkte hiervon resultieren aus dem starken Wachstum des Finanzsektors.<sup>12</sup>

Offensichtlich reicht aber die Dynamik des internationalen Sektors nicht mehr aus, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachhaltig anzutreiben. Der Grund ist die schwache Produktivitätsentwicklung im Binnenbereich. Hierzu zählen besonders die vielen kleinen auf lokalen und regionalen Märkten tätigen Betriebe des Handwerks, der freien Berufe, der Gastrono-

---

<sup>8</sup> Natürlich sind nicht alle Unternehmen dieser Branchen vorrangig auf internationale Märkte ausgerichtet. Allerdings ist hier der Anteil von exportorientierten Unternehmen weitaus höher als in anderen Wirtschaftszweigen. Genauso gibt es umgekehrt auch in tendenziell binnenmarktorientierten Branchen international erfolgreiche Unternehmen. In der Schweiz gilt dies etwa für die Nahrungsmittelindustrie. Insgesamt liegt der Beschäftigungsanteil von vorrangig international ausgerichteten Unternehmen bei etwa 15 bis 20 Prozent. Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 143.

<sup>9</sup> Schätzung IWG BONN auf Basis von Daten des BFS.

<sup>10</sup> Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002. Eigene Berechnung nach BFS (2004) - unveröffentlicht.

<sup>11</sup> Im Jahr 2000 betrug die Arbeitsproduktivität in Vollzeitäquivalenten in Preisen von 1990 im Schnitt aller Branchen 106 Franken. In der chemischen Industrie/Mineralölverarbeitung waren es 219 Franken und im Kreditgewerbe 316 Franken. Das Produktivitätswachstum zum Vorjahr betrug gesamtwirtschaftlich 2,2 Prozent, in der chemischen Industrie 6,0 und im Kreditgewerbe 15,9 Prozent. Vgl. BFS (2003), digital, T4.3.1.4.

<sup>12</sup> Zwischen 1990 und 2000 wuchs die Bruttowertschöpfung der Kreditwirtschaft in Preisen von 1990 um jahresdurchschnittlich 3,8 Prozent und der Versicherungswirtschaft um 2,0 Prozent. Vgl. OECD (2004a), S. 165.

mie, der personenbezogenen, sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen, der Immobilienwirtschaft sowie des Bauwesens und der Landwirtschaft. Ferner fallen hierunter kantonal und national agierende staatliche, halbprivate und genossenschaftliche Großunternehmen wie Energieversorger, die Bahn, die Post, die öffentliche Verwaltung sowie die Branchenriesen des Einzelhandels.

Die Betriebe dieser Branchen haben in der Schweiz eine recht geringe Produktivität. Sie liegt etwa 15 Prozent unter dem nationalen Mittel. In Deutschland beträgt der Rückstand nur 2,5 Prozent.<sup>13</sup> Vor allem werden kaum Produktivitätsfortschritte erzielt. Die Folge ist, dass trotz der Zuwächse im internationalen Sektor die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der Schweiz nur langsam steigt - zwischen 1991 und 2002 mit Jahresdurchschnittlich nur 1,4 Prozent. Dies ist im internationalen Vergleich einer der niedrigsten Werte (siehe Schaubild 2). Ohne eine stärkere Steigerung der Arbeitsproduktivität wird die Schweiz ihr gesamtwirtschaftliches Wachstum jedoch nicht erhöhen können. Denn anders als Länder wie Spanien, die ihr Wachstum vor allem einer Ausweitung des Arbeitsvolumens verdanken, ist in der Schweiz das Arbeitskräftepotential bei langen individuellen Arbeitszeiten bereits ausgeschöpft. D.h. eine Steigerung des Arbeitsvolumens mit entsprechenden Wachstumseffekten ist nicht zu erwarten.

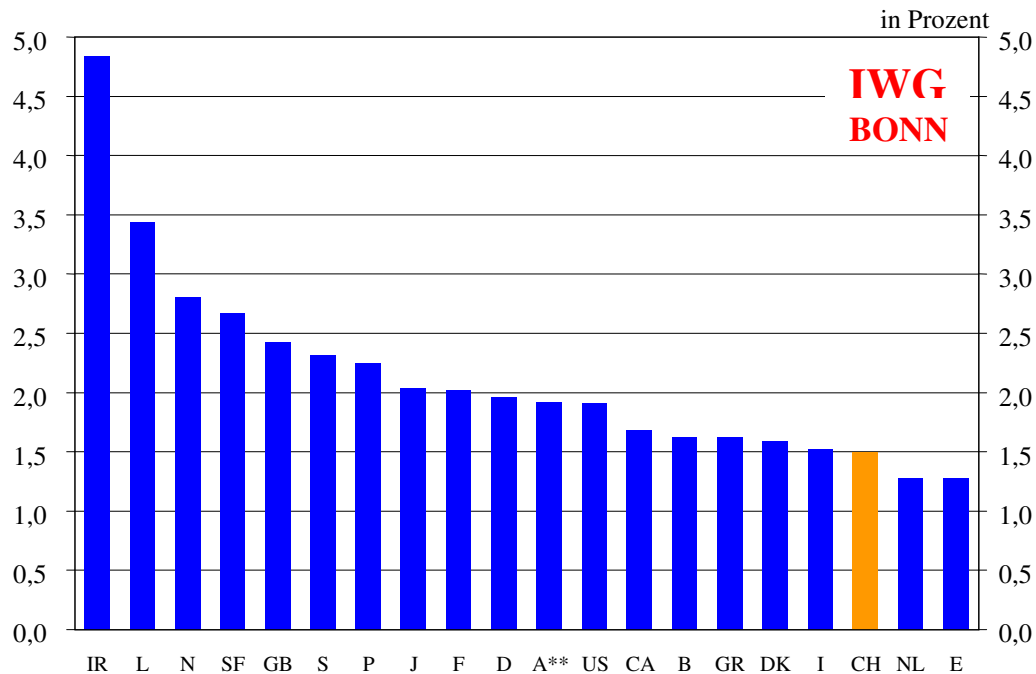
Ursächlich für die niedrige Produktivität im Binnensektor ist der geringe Wettbewerb. Der Binnensektor ist durch staatlichen und privaten Protektionismus weitgehend vor Konkurrenz geschützt. In der Schweiz bilden sich nicht einmal die Hälfte aller Preise auf freien Märkten.<sup>14</sup> Ohne Wettbewerb bestehen jedoch wenig Anreize, Ressourcen effizient einzusetzen. Ineffektive Strukturen, Überkapazitäten und ein hohes Preisniveau sind die Folge.

---

<sup>13</sup> Als Nährung für den Binnensektor wird hier der Bau sowie Dienstleistungen ohne Finanzwesen und öffentliche Verwaltung und Verteidigung verwandt. Vgl. ebenda, S. 97.

<sup>14</sup> 2001 lag der Anteil staatlich administrierter und regulierter Preise an allen Preisen bei 50 Prozent. Hinzu treten überhöhte Preise durch private Kartelle. 1991 stellte die OECD fest, dass 65 Prozent aller Preise nicht der freien Preisbildung über den Markt unterlagen. Vgl. Balastèr (2002) und OECD (1991).

**Schaubild 2: Jahresdurchschnittliches Wachstum der Arbeitsproduktivität\* im internationalen Vergleich von 1991 bis 2002**



\*Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

\*\*Österreich (A) 1995 bis 2002

Quellen: Europäische Kommission (2004): AMECO, OECD, Berechnung IWG BONN

Noch bis in die siebziger Jahre hinein hatte die Schweiz eine der liberalsten Wirtschaftsordnungen. Anschließend setzten die Eidgenossen aber nur sehr zögerlich marktwirtschaftliche Reformen um.<sup>15</sup> Dagegen erzielten vor allem die in der Europäischen Union (EU) bzw. im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammengeschlossenen Länder erhebliche Fortschritte bei der Öffnung ihrer Märkte, was mit einer deutlichen Intensivierung des Wettbewerbs einher ging. Die Schweiz lehnte dagegen 1992 per Referendum den Beitritt zum EWR ab und ein entsprechender Modernisierungsschub blieb aus. Besonders beim Abbau öffentlicher Monopole, der Verwirklichung eines freien Binnenmarktes sowie dem Abbau von Regulierungen ist die Schweiz im internationalen Vergleich teilweise weit zurückgefallen.

<sup>15</sup> Vgl. SECO (2002), S. 39f.

### ***1.2.1 Rückstand beim Abbau staatlicher Monopole***

Eine wichtige Ursache der geringen Wettbewerbsintensität der schweizerischen Wirtschaft ist der Rückstand beim Abbau staatlicher Monopole.<sup>16</sup> Hierzu zählen vor allem die dem Binnensektor zuzurechnenden großen Netzwerkindustrien wie Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Gaswirtschaft, öffentlicher Transport, Post und Telekommunikation.

Mit dem Ziel, das Angebot zu verbessern und die Preise zu senken, haben sich seit den frühen achtziger Jahren viele europäische Länder dazu entschlossen, den Wettbewerb auf diesen Märkten zu intensivieren. Besonders die Mitgliedsländer der EU und des EWR erzielten in den neunziger Jahren deutliche Fortschritte. Sie privatisierten ganz oder teilweise ihre Staatsunternehmen und erleichterten vor allem den Marktzugang für in- und ausländische Wettbewerber. Allerdings variiert der Grad der Öffnung je nach Land und Wirtschaftszweig.

Die Schweiz blieb bei dieser Entwicklung lange außen vor. Zwar hat sie seit Ende der neunziger Jahre das Reformtempo etwas erhöht, aber in vielen Bereichen hält sie auch gegenwärtig nicht mit den europäischen Ländern Schritt. Die Märkte für Strom und Gas sind noch immer fast völlig abgeschottet.<sup>17</sup> Bei Bahn und besonders Post gelten für Wettbewerber teilweise deutlich schlechtere Zugangsbedingungen. Lediglich der Telekommunikationssektor ist weitreichend liberalisiert worden. Im Ergebnis führt die schweizerische Monopolstruktur zu Ineffizienzen und deutlich höheren Preisen.

Beim Strom liegen die Preise für Haushalte und Industrie rund 10 bis 15 Prozent über dem europäischen Mittel.<sup>18</sup> Während aber der Strompreis für private Haushalte teilweise quersubventioniert wird und die Großindustrie Mengenrabatte durchsetzen kann, müssen kleine und mittlere Unternehmen über 40 Prozent mehr zahlen als ihre europäischen Konkurrenten.<sup>19</sup> Noch größere Preisunterschiede existieren beim Erdgas. Gewerbliche Abnehmer zahlen über 50 Prozent und private Haushalte knapp 50 Prozent mehr als im

---

<sup>16</sup> Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 89ff.

<sup>17</sup> Ein entsprechendes Gesetz (EMG – Elektrizitätsmarktgesetz) zur stärkeren Liberalisierung des Elektrizitätssektors scheiterte im September 2002 in einer Volksabstimmung.

<sup>18</sup> Für 2002 in US-Cents je kWh. Berechnet nach OECD (2004a), S. 108.

<sup>19</sup> Stand Juli 2001. Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 143.

Durchschnitt der europäischen Länder.<sup>20</sup> Auch im Bahnverkehr ist die Schweiz teuer. Im Personenfernverkehr liegt der Kilometerpreis 56 Prozent über dem deutschen Entgelt.<sup>21</sup> Ebenfalls teuer ist die schweizerische Post. Das Porto für einen Standardbrief beträgt elf Prozent mehr als in Deutschland, 36 Prozent mehr als in Großbritannien und 56 Prozent mehr als in den Niederlanden.<sup>22</sup>

Dass auch in der Schweiz Effizienzsteigerungen möglich sind, zeigt der Telekommunikationssektor. Dieser wurde aufgrund seiner strategischen Bedeutung für technische Innovationen 1998 weitreichender als die anderen Sektoren liberalisiert. Vor allem im Festnetz sanken die Preise deutlich und liegen heute sowohl für Wohnungsanschlüsse als auch für Geschäftskunden im Mittelfeld der Industrienationen. Bei Mobilfunkgesprächen gehört die Schweiz jedoch noch immer zu den teuersten Ländern, allerdings sind die Preise im Schnitt günstiger als in Deutschland.<sup>23</sup>

### ***1.2.2 Unvollendeter schweizerischer Binnenmarkt***

Ebenfalls stark wettbewerbsbeschränkend wirkt, dass es in der Schweiz keinen völlig freien Binnenmarkt<sup>24</sup> gibt. Vor allem bei zahlreichen Handwerks- und Dienstleistungsberufen unterbinden Kantone und Kommunen die Niederlassungsfreiheit und die freie Berufsausübung. Das heißt ein Bäcker, Gastwirt, Taxifahrer, Klempner oder Optiker kann seine Leistung gegebenenfalls nicht in einem benachbarten Kanton, teilweise nicht einmal in einer benachbarten Gemeinde anbieten. Der Marktzugang wird beschränkt durch die Nicht-Anerkennung von Berufsabschlüssen, unterschiedlichen Prüfungs- und Bewilligungsvoraussetzungen, teuren Bewilligungsverfahren, Begrenzung von Konzessionen und einer lokalen Patent-

---

<sup>20</sup> Für 2002 in US-Dollar je 10 Mio. kcal. Berechnet nach OECD (2004a), S. 110.

<sup>21</sup> Stand 2002. Vgl. Wagschal et al (2002), S. 118.

<sup>22</sup> Stand 2003. Vgl. NZZ Online (30. Mai 2004).

<sup>23</sup> Stand 2003. Preisindex in US-Dollar. Vgl. OECD (2004a), S. 112.

<sup>24</sup> Binnenmarkt darf hier nicht mit Binnensektor verwechselt werden. Ersteres bezieht sich darauf, dass es unabhängig von kantonalen oder kommunalen Grenzen einen freien Waren-, Kapital-, Personen- und Dienstleistungsverkehr gibt. Der Binnensektor umfasst dagegen alle Unternehmen, deren Güter und Dienste vorrangig im Inland produziert und nachgefragt werden.

vielfalt. Zudem vergeben die Behörden öffentliche Aufträge für Beschaffungen oder Bauvorhaben vornehmlich an ortsansässige Unternehmen.<sup>25</sup>

Zusätzlich zum administrativen wird ein einheitlicher schweizerischer Markt durch privaten Protektionismus auf kantonaler und kommunaler Ebene unterbunden. So organisieren die bereits ansässigen Anbieter vor Ort Preisabsprachen und Gebietskartelle, um Wettbewerb auf diese Weise auszuschließen. Dies geschieht häufig unter Federführung der jeweiligen Wirtschaftsverbände und unter Duldung der Behörden.<sup>26</sup>

Zwar erließ der Bundesrat 1995 ein Gesetz (BGBM),<sup>27</sup> um den Binnenmarkt stärker zu öffnen, jedoch ergab eine Evaluation im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats,<sup>28</sup> dass dieses kaum Fortschritte hin zu mehr Wettbewerb gebracht hat. Entsprechend konnten auch keine Preiseffekte festgestellt werden. Als Gründe wurden Mängel im Gesetz, die an föderalen Interessen geleitete Rechtsprechung der Gerichte und die mangelnde Durchsetzungskraft der bundesstaatlichen Wettbewerbsaufsicht ausgemacht.

Die Ursachen hierfür sind im politisch-institutionellen Rahmen der Schweiz zu suchen. Zunächst liegt das politische Gewicht aufgrund seiner Größe beim Binnensektor. Zudem genießt der historisch gewachsene und mental tief verankerte Föderalismus in der Schweiz Vorrang vor anderen Verfassungsprinzipien, wie etwa der Handels- und Gewerbefreiheit. Marktwirtschaftliche Reformen sind vor diesem Hintergrund nur schwer umzusetzen.

Ein wenig Fortschritt in Richtung Marktöffnung könnte von den seit 2002 gültigen bilateralen Abkommen (Bilaterale I) mit der EU ausgehen, die als Reaktion auf den gescheiterten EWR-Beitritt implementiert wurden. Diese sehen die schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit vor, was

---

<sup>25</sup> Allerdings hat es hier durch die Übernahme von WTO-Regeln und Anpassungen im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU Verbesserungen gegeben. Auch wurden ein kantonales Abkommen zur Angleichung von Vorschriften sowie ein Internetportal für öffentliche Aufträge implementiert. Weiterhin bestehende Rechtsungleichheit, lokale Interessen und die Spaltung von Aufträgen sorgen aber noch immer dafür, dass ein Großteil der Verträge an ortsansässige Firmen geht. Vgl. OECD (2004a), S. 124ff.

<sup>26</sup> Die Verbände lassen sich die Organisation der Kartelle sogar von ihren Mitgliedern bezahlen und weisen sie als Kostenblock in den Beitragszahlungen aus. Vgl. WKO (1995), 25ff.

<sup>27</sup> Das Bundesgesetz über den Binnenmarkt (BGBM) trat am 1. Juli 1996 in Kraft.

<sup>28</sup> Vgl. Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (2000).

auch in der Schweiz einen freieren Binnenmarkt erzwingen würde. Gleiche Standards wie im EWR werden aber voraussichtlich frühestens 2014 erreicht. Gegenwärtig erlauben die rechtlichen Voraussetzungen im europäischen Binnenmarkt noch eine höhere berufliche Mobilität zwischen EWR-Staaten, als sie zwischen schweizerischen Kantonen und Gemeinden möglich ist.

### ***1.2.3 Strenge Bauordnung und Raumplanung***

Darüber hinaus verhindern in der Schweiz die strenge Bauordnung und Raumplanung stärkeren Wettbewerb und Produktivitätsfortschritte in Teilen des Binnensektors. Das gilt vor allem für das Immobilienwesen und den Einzelhandel. So wird Bauen durch die planerische Verknappung von Baugrund bei gleichzeitiger Begrenzung der Gebäudehöhen erheblich verteuert. Dies spiegelt sich etwa in den höheren Wohnungs- und Gewerbemieten wider.<sup>29</sup>

Vor allem der Einzelhandel kann aufgrund des geringen Flächenangebots für Großmärkte die Flächenproduktivität kaum steigern. Folglich ist die Warenvelfalt in den Geschäften deutlich geringer und die Preise sind wesentlich höher als im europäischen Ausland.<sup>30</sup> Besonders ist es für ausländische Wettbewerber schwierig, in den schweizerischen Markt einzutreten. Gerade im Massenmarkt tätige Filialisten benötigen ein großes Netz, um rentabel arbeiten zu können. Ein solches aufzubauen, wird durch die zahlreichen einzuholenden Genehmigungen sowie die Bauflächenbegrenzung erheblich erschwert.<sup>31</sup> Dies führt etwa im Lebensmitteleinzelhandel zu einer ausgeprägten Duopol-Struktur. Drei Viertel des Marktes werden von nur zwei Anbietern dominiert, die sich zudem tendenziell auf unterschiedliche Preiskategorien konzentrieren.<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> Vgl. SECO (2002), S. 37/47f.

<sup>30</sup> Vgl. OECD (2004a), S. 116ff.

<sup>31</sup> Vgl. NZZ Online (11. Aug. 2004).

<sup>32</sup> Vgl. OECD (2004a), S. 116ff.

#### ***1.2.4 Stark reguliertes Gesundheitswesen***

Ebenfalls stark reguliert ist das Gesundheitswesen. Zwar liegen die Verhältnisse in vielen anderen europäischen Ländern, insbesondere auch in Deutschland, ähnlich. Allerdings sind die Preiseffekte nirgends so drastisch.<sup>33</sup> Die Gesundheitsausgaben belaufen sich auf über 3.100 US-Dollar je Einwohner. Damit leistet sich die Schweiz das teuerste Gesundheitswesen in Europa und nach den USA das zweitteuerste der Welt.<sup>34</sup> Dies ist ein Hinweis darauf, dass der Markt für Gesundheitsleistungen in der Schweiz besonders ineffizient ist.

Während auf Seiten der Versicherten und Patienten über Zuzahlungen und Zusatzversicherungen durchaus Anreize für sparsames Verhalten existieren,<sup>35</sup> verhindern die Strukturen auf Seiten der Versicherer und Anbieter Effizienzsteigerungen. So besteht unter den Krankenkassen fast kein Wettbewerb, da Versicherte sie wegen ihren Zusatzversicherungen nur schwer wechseln können. Zudem verhandeln die Krankenkassen kollektiv ihre Verträge mit Ärzten und Krankenhäusern, die ihrerseits als Kartell auftreten, so dass es weder unter den Kassen noch unter den Anbietern von Gesundheitsleistungen einen Preiswettbewerb gibt. Auch sind die Krankenhäuser häufig im Besitz der Kantone und verfügen in der Regel über ein regionales Monopol. Darüber hinaus können Ärzte und Krankenhäuser im gegenwärtigen System einen großen Teil des Angebots selbst bestimmen und treiben so die Kosten.<sup>36</sup>

Neben Gesundheitsdienstleistungen ist auch die Medikamentenversorgung stark reguliert. Beispielsweise ist der Versandhandel mit Arzneimitteln verboten.<sup>37</sup> Zudem können die Pharmakonzerne erfolgreich Re-Importe verhindern und dadurch hohe Preise am Markt durchsetzen. Damit genießt auch der internationale Sektor einige Privilegien, die dem freien Wettbewerb in der Schweiz behindern.

---

<sup>33</sup> Sowohl Arzneien und medizinisches Gerät als auch medizinische Behandlungen und sonstige gesundheitliche Dienstleistungen sind extrem teuer. Sie liegen zwischen 60 und 75 Prozent über dem europäischen Mittel. Vgl. ebenda, S. 127.

<sup>34</sup> Globus Infographik GmbH (2003).

<sup>35</sup> Behandlungskosten müssen bis zu einer Summe von mindestens 230 Franken selbst getragen werden. Zudem sind Zahnbehandlungen und Privatunfälle nicht im Grundleistungskatalog enthalten und müssen zusätzlich versichert werden. Vgl. Jung et al. (2003), S. 37.

<sup>36</sup> Vgl. SECO (2002), S. 68f./77 und OECD (2004a), S. 126ff.

<sup>37</sup> Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 144.



### *1.2.5 Hemmnisse im Außenhandel*

Obwohl die schweizerischen Unternehmen des internationalen Sektors eng mit der Weltwirtschaft verflochten sind,<sup>38</sup> gibt es vereinzelt noch Einschränkungen, die den grenzüberschreitenden Handel mit Gütern und Dienstleistungen und damit den Wettbewerb einschränken. Das betrifft beispielsweise nicht-tarifäre Handelshemmnisse bei industriellen Waren, Zölle und Subventionen in der Landwirtschaft und Hindernisse bei "handelbaren" Dienstleistungen.

So wendet die Schweiz strikere Patentschutzrechte an, wodurch Re-Importe in bestimmten Bereichen nicht möglich sind. Besonders für Arzneimittel liegen die Preise deutlich über den europäischen. Auch Markenwaren sind zum Teil teurer, da ausländische Produzenten aufgrund der schwachen schweizerischen Wettbewerbsaufsicht über vertikale Importabsprachen Preise und Vertriebswege kontrollieren. Zudem existieren technische Handelshemmnisse. Zum Beispiel ist die Zulassung von Waren bezüglich der Erfüllung technischer Normen im Vergleich zu den Ländern innerhalb des EWR schwerer. Allerdings gab es in nahezu allen diesen Bereichen in der Vergangenheit Verbesserungen und es ist ein klarer Trend zu mehr Marktöffnung zu erkennen.<sup>39</sup>

Nicht so bei landwirtschaftlichen Produkten. Hier gilt die Schweiz als eines der protektionistischsten Länder überhaupt. Zwar gab es im Rahmen von Verhandlungen mit der WTO und der EU vereinzelt Verbesserungen, bzw. sind solche vorgesehen. Insgesamt bleibt die Landwirtschaft aber ein durch Zölle und Subventionen geschützter Bereich.<sup>40</sup> Die Folge sind ineffiziente Strukturen und ein weiterhin sehr hohes Preisniveau für Lebensmittel.

---

<sup>38</sup> Der Wert des Außenhandelsvolumens beläuft sich auf knapp 40 Prozent des BIP ((Exporte+Importe)/2xBIP). Große Länder wie Italien oder Deutschland kommen lediglich auf 25 bis 30 Prozent. Verglichen mit westlichen Volkswirtschaften vergleichbarer Größe befindet sich die Schweiz jedoch nur auf einem mittleren Rang. Vgl. SECO (2002), S. 87. Dies liegt allerdings auch daran, dass die Schweiz stärker als andere Länder über Direktinvestitionen grenzüberschreitend vernetzt ist. Ihre kumulierten Bestände an ausländischen Direktinvestitionen belaufen sich auf über 100 Prozent des BIP und liegen damit so hoch wie in keinem anderen Industrieland. Auch bei den Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in der Schweiz steht sie mit 40 Prozent des BIP vergleichsweise gut da. Lediglich die Niederlande, Schweden und Dänemark erreichen höhere Werte. Vgl. OECD (2004a), S. 102.

<sup>39</sup> Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 124ff.

<sup>40</sup> Vgl. SECO (2002), S. 96.

Auch beim Handel mit Dienstleistungen steht die Schweiz etwas schlechter da als ihre europäischen Nachbarn. Bei "handelbaren" Dienstleistungen, also solchen, wo kein Ortswechsel (Telekommunikation, Beratung etc.) oder nur ein kurzzeitiger Ortswechsel (Installationen, Reparaturen, medizinische Behandlungen etc.) nötig ist, sind in der Vergangenheit aber Fortschritte erzielt worden. So erlauben die bilateralen Verträge befristete Aufenthalte zur Erbringung von Dienstleistungen, die in Verbindung mit der Lieferung von Waren stehen. Allerdings gibt es selbst im für die Schweiz so wichtigen Finanzsektor noch vereinzelt Schranken, die einer vollständigen Integration in den europäischen Binnenmarkt im Wege stehen. Diese betreffen etwa den Vertrieb von Versicherungspolice und besonders das Bankgeheimnis. Aber auch hier werden die neuen bilateralen Verträge mit der EU Veränderungen bringen.<sup>41</sup>

Ohnehin ist der Großteil der Dienstleistungen nicht von Handelsvereinbarungen abhängig, da sie dauerhaft vor Ort erbracht werden und sich in der Regel nicht grenzüberschreitend erbringen lassen. Deshalb wird eine Marktöffnung weniger durch den Abbau von Handelschranken, als vielmehr durch innere Strukturreformen (Deregulierung, Privatisierung, Marktöffnung etc.) sowie durch Personenfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit realisiert. Hier liegt die Schweiz noch weit hinter europäischen Standards zurück.

### ***1.2.6 Standortnachteile durch hohes Preisniveau***

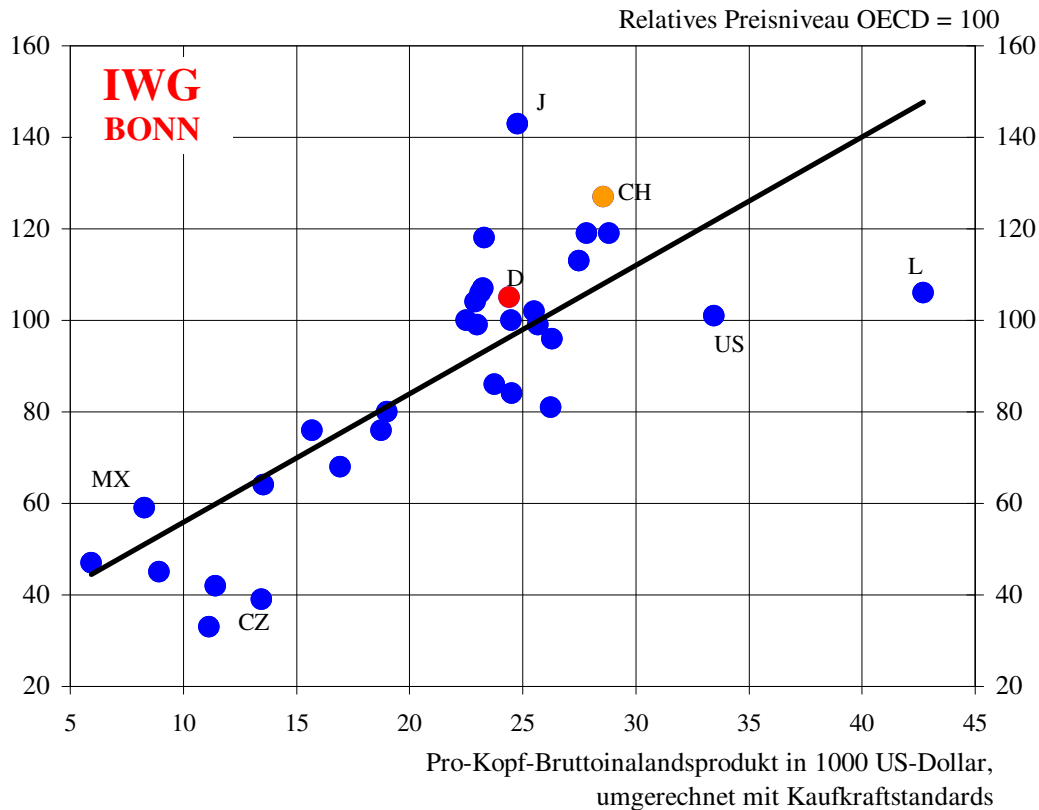
Die zahlreichen Wettbewerbsbeschränkungen - insbesondere durch die Abschottung des Binnensektors - führen zu einem sehr hohen Preisniveau. In Relation zu ihrem Pro-Kopf-Einkommen hat die Schweiz das zweithöchste Preisniveau aller OECD-Staaten (siehe Schaubild 3). Die hohen Preise beeinträchtigen den privaten Konsum und verteuern die Standort- und Produktionskosten ansässiger Unternehmen.<sup>42</sup> So müssen schweizerische Betriebe im Vergleich zu ausländischen Wettbewerbern viel für Mieten, Energie, Ver- und Entsorgung, Transport sowie sonstige Güter und Dienstleistungen des Binnensektors zahlen (siehe Schaubild 4). Vor allem wenn sie internationale Märkte beliefern, erleiden sie hierdurch einen Wettbewerbsnachteil. Besonders gilt dies für kleine und mittlere Unternehmen, die im Vergleich zu großen Konzernen mehr Vorleistungen im Inland nachfragen.

---

<sup>41</sup> Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 131ff.

<sup>42</sup> Vgl. ebenda (2002), S. 149.

**Schaubild 3: Relatives Preisniveau und Pro-Kopf-Einkommen in 30 OECD-Ländern 1999**



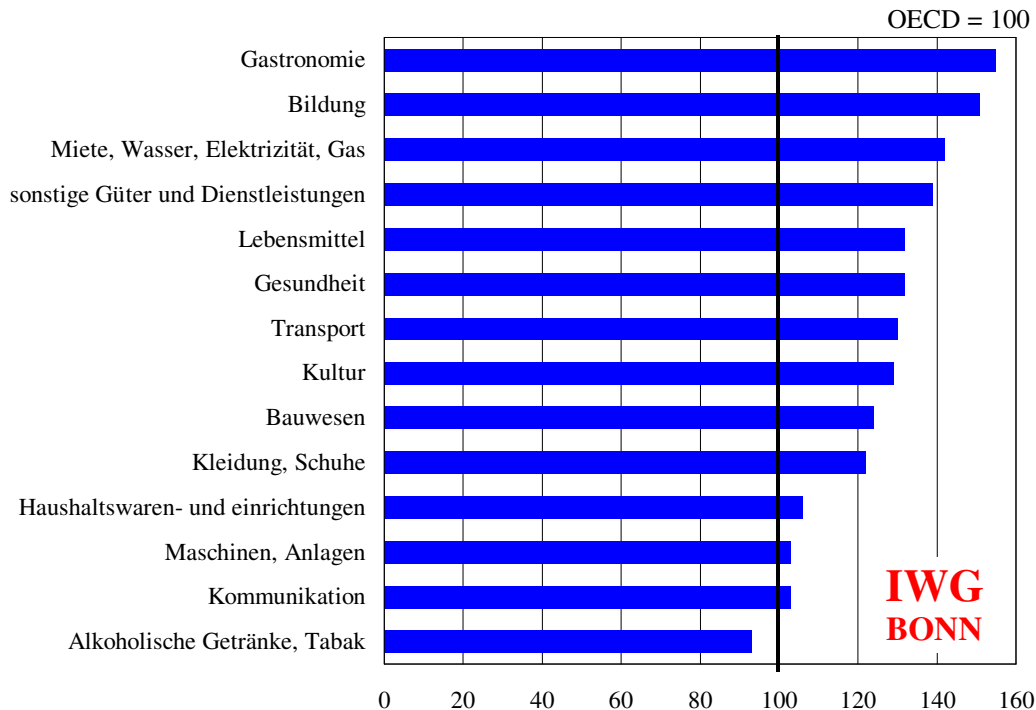
Quelle: OECD (2002b)

Als Indiz für die Wirkung dieser Belastungen könnte der seit 1990 kontinuierlich rückläufige Weltmarktanteil bei den Exporten<sup>43</sup> gedeutet werden, auch wenn hier noch weitere Faktoren, wie beispielsweise der gestiegene Franken eine Rolle spielen. Ebenso könnte die Schweiz an Attraktivität für ausländische Investoren eingebüßt haben. Zwar hat die Schweiz relativ zum BIP einen hohen Bestand inländischer Direktinvestitionen, sie liegt aber mittlerweile gleich auf oder bereits hinter Ländern vergleichbarer Größe wie Schweden, Dänemark und den Niederlanden.<sup>44</sup>

<sup>43</sup> 2001 betrug der Anteil schweizerischer Exporte an den Weltexporten 1,3 Prozent. Damit war dieser knapp 30 Prozent niedriger als 1990. In anderen Ländern ist der Weltexportanteil dagegen deutlich schwächer rückläufig gewesen: Norwegen -4,5 %, Finnland -8,6 %, Österreich -18,8 %, Dänemark -19,3 %, Deutschland -20,9 %, Schweden -26,5 %. Europäische Kommission (2004), eigene Berechnung.

<sup>44</sup> Vgl. OECD (2004a), S. 102.

**Schaubild 4: Schweizerisches Preisniveau für ausgewählte Produktgruppen relativ zu den Ländern der OECD 1999**



\*Kaufkraftstandards, Wechselkursbereinigt

Quelle: OECD (2002b)

Unter den hohen Preisen leiden aber nicht nur Branchen des internationalen Sektors, sondern auch solche, die teilweise oder ganz dem Binnensektor zuzurechnen sind. So ist die schwache Entwicklung im Tourismus unter anderem dem hohen Preisniveau anzulasten. Gerade in der Gastronomie (Hotellerie, Restaurants) werden extrem hohe Preise verlangt. Folglich weichen ausländische Touristen auf Nachbarländer aus und auch für Schweizer ist ein Auslandsurlaub oft günstiger. Die Kosten für einen vergleichbaren Familienurlaub liegen in Österreich um 31 Prozent und in Italien um 21 Prozent niedriger.<sup>45</sup> Der Kaufkraftabfluss betrifft zudem den Einzelhandel. Um Geld zu sparen, tätigen zahlreiche Schweizer in grenznahen Gemeinden ihre Besorgungen lieber im benachbarten Ausland. Allein 1,4 Milliarden Franken lassen schweizerische Verbraucher jährlich in deutschen und französischen Geschäften.<sup>46</sup>

<sup>45</sup> Vgl. Eidgenössische Finanzkontrolle (2004), S. 15.

<sup>46</sup> Vgl. Kirchner (2004).

### ***1.2.7 Zunehmende Staatstätigkeit als Wachstumsrisiko***

In der Schweiz ist die Staatstätigkeit noch immer weniger ausgeprägt als in anderen europäischen Ländern. Folglich müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer weniger Steuern und Sozialbeiträge an den Staat abführen. Allerdings hat sich die Staatstätigkeit seit Anfang der neunziger Jahre rasant ausgeweitet. Seit 1990 wuchs der Anteil der Staatsausgaben<sup>47</sup> als auch -abgaben<sup>48</sup> am Bruttoinlandsprodukt so schnell wie in fast keinem anderen westlichen Industrieland. Da dabei die Einnahmen des Staates in den wenigsten Jahren reichten, die Ausgaben zu finanzieren, stieg zudem die Staatsverschuldung deutlich an (siehe Schaubild 5).

Diese Entwicklung ist einerseits Folge der schweizerischen Wachstumsschwäche. So stiegen unter anderem aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit die sozialen Transferleistungen, während gleichzeitig Steuer- und Beitrags-einnahmen wegen geringer Einkommens- und Gewinnzuwächse von Arbeitnehmern und Unternehmen kaum zulegten. Andererseits mehren sich aber auch die Hinweise, dass die Staatstätigkeit in der Schweiz mittlerweile ein Niveau erreicht hat, an dem sie selbst zur Wachstumsschwäche beiträgt. So zeigen internationale Vergleiche sowie Untersuchungen zur Schweiz, dass insbesondere die gestiegene Staatsquote während der letzten 20 Jahre das schweizerische Wachstum negativ beeinflusst hat. Das gilt vor allem aufgrund der veränderten Struktur der Ausgaben. Denn die wachsenden Sozialausgaben und der höhere Schuldendienst werden, wie auch in Deutschland, durch Einsparungen bei den Investitionen mitfinanziert. Ohne Investitionen kann eine Wirtschaft aber nicht nachhaltig wachsen.<sup>49</sup>

Bei den Abgaben ist bisher noch kein entsprechend negativer Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit festzustellen. Sollte allerdings der Trend zu steigenden Steuern und Sozialbeiträgen anhalten, würde die Schweiz bei der Abgabenquote zum internationalen Niveau aufschließen und somit einen ihrer zentralen Vorteile im internationalen Standortwettbewerb verlieren.

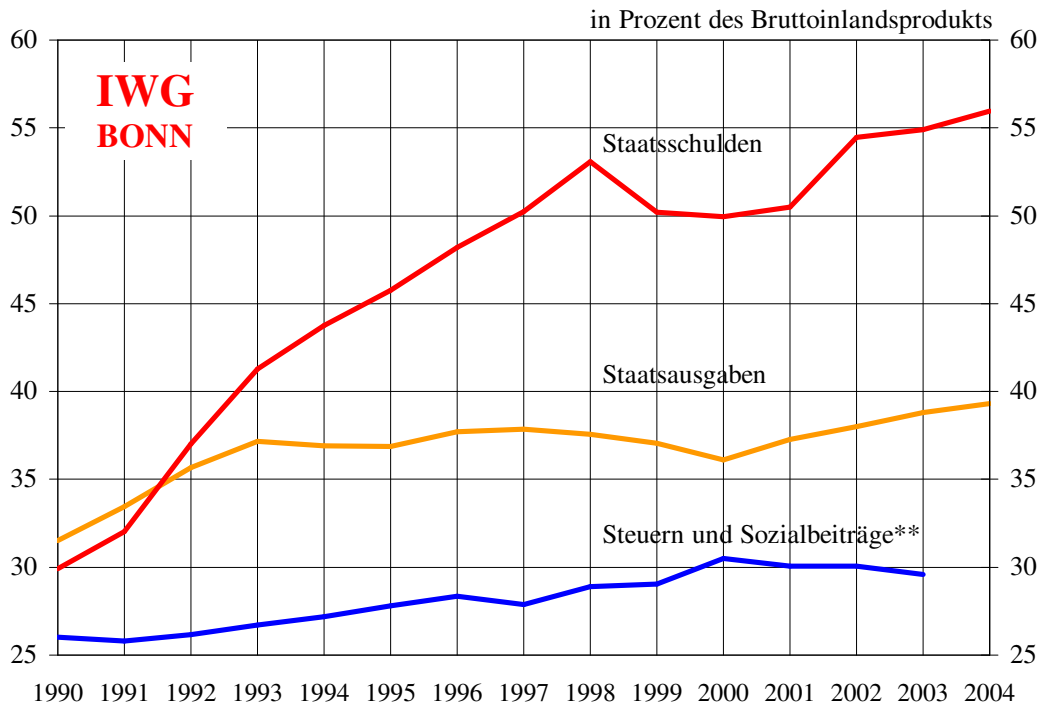
---

<sup>47</sup> Die schweizerische Staatsquote stieg zwischen 1990 und 2004 um 7,6 Prozentpunkte. In Deutschland betrug der Zuwachs nur 3,5 Prozent und in Österreich ging die Staatsquote sogar um 2,4 Prozent zurück. Europäische Kommission (2004) und BFS (2004): unveröffentlicht.

<sup>48</sup> Im Vergleich mit den OECD Ländern wuchs die Abgabenquote zwischen 1990 und 2002 mit 4,5 Prozentpunkten in der Schweiz am stärksten, gefolgt von Österreich und Deutschland mit 3,8 bzw. 3,2 Prozentpunkten. Vgl. OECD (2004a), S. 64.

<sup>49</sup> Schaltegger (2004), S. 1ff.

**Schaubild 5: Abgaben, Ausgaben und Schulden des Staates in der Schweiz 1990 bis 2004\***



\*2002-2004 teilweise vorläufige Werte

\*\*ohne Krankenversicherung und Unfallversicherung

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)

### 1.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Allerdings gefährdet die seit fast 30 Jahren währende Wachstumsschwäche das erreichte Wohlstandsniveau. Vielfach stagnieren die realen Haushaltseinkommen, die Zahl der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger nimmt zu und die Staatsschulden wachsen trotz zügig steigender Abgaben.

Ursächlich für die schwache Wirtschaftsentwicklung ist vor allem das geringe Produktivitätswachstum der Betriebe im Binnensektor. Diese arbeiten ineffizient, da sie durch staatlichen und privaten Protektionismus weitgehend vor Wettbewerb geschützt sind. Deshalb können sie hohe Preise am Markt durchsetzen. Die teuren Güter und Dienste des Binnensektors belasten wiederum den privaten Konsum. Außerdem steigen die Produktionskosten der Unternehmen des internationalen Sektors.

Zwar hat die Schweiz noch immer Stärken, die sie als Wirtschaftsstandort interessant machen. Zu nennen sind etwa die niedrigen Unternehmenssteuern,<sup>50</sup> der flexible Arbeitsmarkt, das hohe Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen, die gute Verkehrsinfrastruktur, die zentrale Lage in Europa und der erfolgreiche Finanzsektor. Für letzteren ist auch der starke Franken von Vorteil, auch wenn dieser für die Exportwirtschaft eher Nachteile mit sich bringt. Aber offensichtlich wiegen die guten Standortbedingungen die genannten Schwächen im Binnensektor nicht mehr auf.

Folglich führt an einer Öffnung und Deregulierung der Wirtschaft kein Weg vorbei. Dies gilt umso mehr, als auch die übrigen europäischen Länder weiter diesen Weg beschreiten. Bleibt die Schweiz bei dieser Entwicklung außen vor, droht sie im internationalen Wettbewerb zusehends ins Hintertreffen zu geraten.

Eine durchgreifende Liberalisierung würde dagegen die Bedingungen für mehr Wachstum verbessern. Denn intensiverer Wettbewerb führt - wie bereits bei der Reform des schweizerischen Telekommunikationssektors zu beobachten war - zu vermehrtem Einsatz von Kapital und neuen Technologien und damit steigender Produktivität. Gleichzeitig sinken die Preise, was die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht. Zudem wechseln Beschäftigte aus niedriger in höher produktive Wirtschaftszweige besonders des internationalen Sektors. Nach Simulationsrechnungen der OECD<sup>51</sup> könnten auf diese Weise das schweizerische Bruttoinlandsprodukt sowie die Löhne innerhalb von zehn Jahren zusätzlich um real acht Prozent zulegen.

---

<sup>50</sup> Vgl. Elscher et al. (2003), S. 9f.

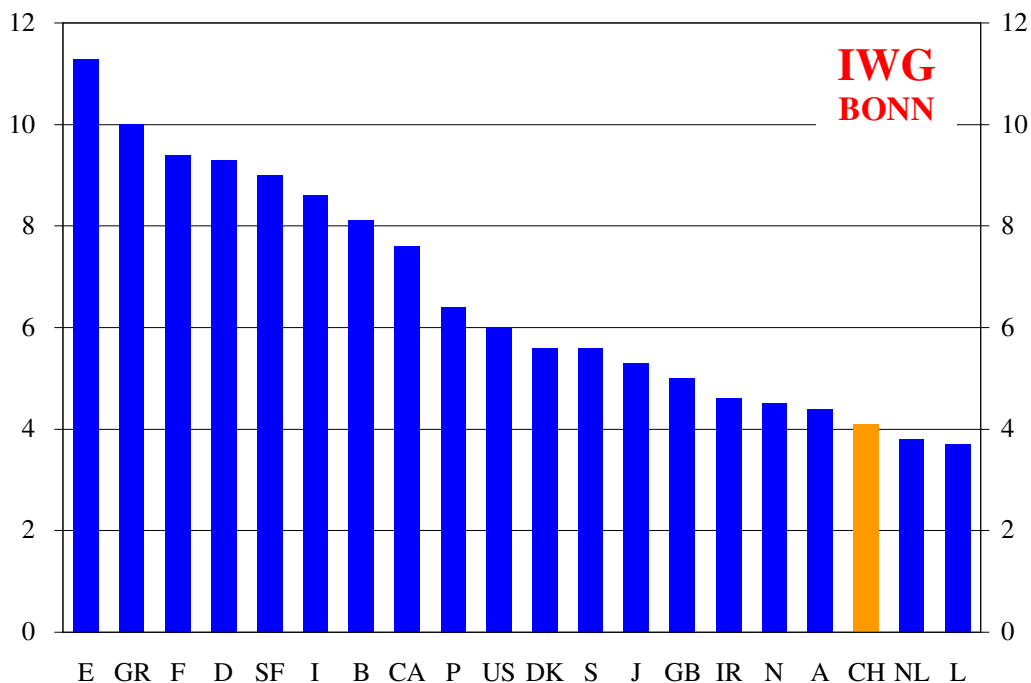
<sup>51</sup> Untersucht wurden die kurz- und langfristigen gesamtwirtschaftlichen Auswirkung einer Deregulierung von sieben Sektoren, die vorrangig dem Binnensektor zuzurechnen sind (Landwirtschaft, Telekommunikation, Elektrizität, Gas, Gesundheitswesen, unternehmensorientierte Dienstleistungen sowie Handel und Distribution). Vgl. OECD (2004a), S. 138.

## 2. Der Arbeitsmarkt in der Schweiz

### 2.1 Niedrige Arbeitslosigkeit bei hohem Beschäftigungsniveau

Der schweizerische Arbeitsmarkt zeichnet sich durch eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung bei niedriger Arbeitslosigkeit aus. Bis Ende der achtziger Jahre war Arbeitslosigkeit in der Schweiz praktisch unbekannt. Dann stieg die Arbeitslosenquote innerhalb kurzer Zeit von 0,5 Prozent 1990 auf knapp vier Prozent 1993 steil an und verweilte mehr oder weniger auf diesem Niveau. Im Rezessionsjahr 2003 lag sie bei 4,1 Prozent und war damit noch immer die drittniedrigste innerhalb der OECD (siehe Schaubild 6). Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz kürzer als in anderen Ländern. Der Anteil von Arbeitslosen, der länger als ein Jahr ohne Arbeit ist, liegt mit knapp 22 Prozent nur etwa halb so hoch wie in der EU-15.

**Schaubild 6: Arbeitslosenquoten\* im internationalen Vergleich 2003\*\***



\*in Prozent aller Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose), international standardisiert

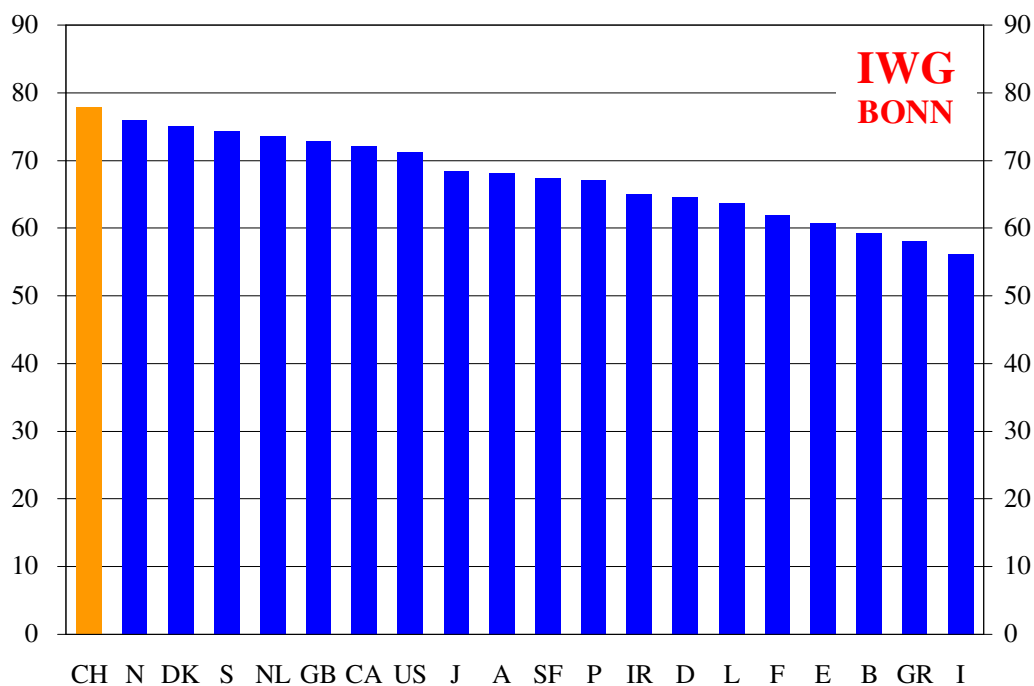
\*\*Griechenland 2002

Quellen: OECD (2004b)



Die niedrige Arbeitslosenquote geht einher mit einer der höchsten Erwerbstätigenquoten innerhalb der westlichen Industrieländer. Vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre weitete sich die Beschäftigung in der Schweiz aus und der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren stieg ständig an. 1991 erreichte er über 78 Prozent. Seit dem schwankt die Erwerbstätigenquote leicht mit dem Konjunkturzyklus und lag zuletzt 2003 bei 77,8 Prozent. Im Durchschnitt der EU-15 sind es lediglich 64,4 Prozent (siehe Schaubild 7).

**Schaubild 7: Erwerbstätigenquoten\* im internationalen Vergleich 2003\*\***



\*Erwerbstätige zwischen 15 und 64 Jahren in Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren

\*\*Luxemburg 2002

Quellen: OECD (2004b)

Die hohe Erwerbsbeteiligung in der Schweiz ist besonders dadurch gekennzeichnet, dass alle Bevölkerungsgruppen gut in den Arbeitsmarkt integriert sind. Das gilt insbesondere für Frauen, jüngere und ältere Erwerbspersonen, Geringqualifizierte sowie Ausländer, deren Beschäftigungssituation in vielen anderen Ländern schlechter ist.

So liegt die Erwerbstätigenquote von Frauen bei über 70 Prozent. In der OECD wird dieser Wert nur von Island und einigen skandinavischen Ländern übertroffen. Auch die Arbeitslosenquote von Frauen ist in der Schweiz niedrig. Sie beträgt mit 4,5 Prozent nur wenig mehr als die der männlichen Bevölkerung mit 3,9 Prozent.

Die hohe Erwerbsneigung von Frauen ist insbesondere auf das große Angebot an Teilzeittätigkeiten zurückzuführen. Die Schweiz hat nach den Niederlanden die zweithöchste Teilzeitquote in Europa. Ein Viertel der Schweizer arbeitet Teilzeit, wovon wiederum über 80 Prozent weiblich sind. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen ist teilzeitbeschäftigt.<sup>52</sup>

Ebenfalls weit überdurchschnittlich ist die Erwerbstätigkeit älterer Menschen. Zwei Drittel der 55- bis 64-Jährigen gehen einer Beschäftigung nach, gegenüber 42 Prozent in der EU-15 und 51 Prozent in der OECD. Unter den Industrieländern haben nur Island, Schweden und Norwegen eine höhere Altenbeschäftigung. Arbeitslosigkeit ist in dieser Altersgruppe mäßig. Die Rate liegt nur knapp halb so hoch wie die aller Erwerbspersonen.<sup>53</sup>

Auch der junge Bevölkerungsteil weist in der Schweiz einen hohen Erwerbstätigenanteil auf. Im Mittel der EU-15 und der OECD arbeitet nicht annähernd jeder zweite Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren. In der Schweiz liegt die Quote bei über 63 Prozent. Dies ist nach den Niederlanden der zweithöchste Wert. Allerdings dürfen die Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Jugendliche auch in der Schweiz Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Auch wenn ihre Arbeitslosenquote unter anderem aufgrund des dualen Ausbildungssystems im internationalen Vergleich niedrig ist, ist sie mit 8,6 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der nationale Durchschnitt, zudem wächst sie zügig.<sup>54</sup>

Ebenfalls bedeutsam für die gute Beschäftigungssituation in der Schweiz ist die hohe Erwerbstätigkeit von Ausländern. Ausländer stellen in der Schweiz ein Fünftel der Bevölkerung und sogar ein Viertel der Erwerbstätigen. Beides sind, abgesehen vom Sonderfall Luxemburg, die höchsten Anteile in Europa. Entsprechend hoch ist die Erwerbstätigenquote von Ausländern. Sie liegt nur leicht unter der der schweizerischen Erwerbsbevölke-

---

<sup>52</sup> Vgl. OECD (2004b), S. 296, 310f.

<sup>53</sup> Vgl. ebenda, S. 299.

<sup>54</sup> Vgl. ebenda, S. 299.

rung.<sup>55</sup> Allerdings schwankt sie stärker mit dem Konjunkturzyklus. Zudem gilt auch für die Schweiz, was in ganz Europa der Fall ist: Ausländer sind häufiger arbeitslos. Zuletzt lag die Arbeitslosenquote von Ausländern mit 8,7 Prozent sogar fast dreimal höher als bei Erwerbspersonen (2,8 Prozent) mit schweizerischer Staatsbürgerschaft.<sup>56</sup>

Zur hohen schweizerischen Erwerbstätigenquote trägt auch die gute Beschäftigung Geringqualifizierter bei. Von ihnen sind knapp 70 Prozent erwerbstätig. Dies ist deutlich mehr als in allen anderen Ländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand. Zudem sind Geringqualifizierte in der Schweiz mit 4,7 Prozent nur wenig mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Bevölkerungsgruppen.<sup>57</sup>

Schließlich arbeiten in der Schweiz weniger Personen in der Schattenwirtschaft als in anderen Ländern. Darauf deutet zumindest hin, dass lediglich 9,5 Prozent des schweizerischen BIP am Fiskus vorbei erwirtschaftet werden. Nach den USA ist das der zweitniedrigste Anteil aller Industrieländer.<sup>58</sup>

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Schweizer ihr Arbeitskräftepotential umfassend ausschöpfen. Dies gelingt bei hohem Lohnniveau, mittlerer Einkommensstreuung und großer Arbeitszufriedenheit.

## 2.2 Ursachen der guten Beschäftigungslage

Die gute Beschäftigungslage überrascht besonders vor dem Hintergrund der seit drei Dekaden andauernden schwachen Wirtschaftsentwicklung. Das heißt, die Schweiz hat bei einem hohen Beschäftigungsniveau eine sehr niedrige "Beschäftigungsschwelle": Durchschnittlich genügt schon eine geringe Wachstumsrate des realen BIP von knapp über Null, damit neue Arbeitsplätze entstehen. In Deutschland wird dagegen noch bei positiven Ra-

---

<sup>55</sup> Das die ausländische Erwerbstätigenquote in etwa der schweizerischen entspricht, obwohl der Erwerbstätigenanteil der Ausländer höher liegt als ihr Anteil an der Bevölkerung, ist im Wesentlichen auf grenzüberschreitende Pendlerbewegungen zurückzuführen. Ausländische Einpendler in die Schweiz zählen zu den Erwerbstätigen, nicht aber zur Wohnbevölkerung, während umgekehrt schweizerische Auspendler zwar zur Wohnbevölkerung, nicht aber zu den Erwerbstätigen zählen.

<sup>56</sup> Vgl. BFS (2004) und BFS online: [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber03/eckdaten/site\\_allemand/ami\\_presentation\\_01\\_d.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber03/eckdaten/site_allemand/ami_presentation_01_d.htm)

<sup>57</sup> Vgl. OECD (2004b), S. 306f.

<sup>58</sup> Vgl. Schneider (2003), S. 18.

ten von bis zu 1,5 Prozent Beschäftigung abgebaut. Erst bei einem höheren Wachstum nimmt dort die Zahl der Erwerbstätigen zu.<sup>59</sup> Die Ursachen des hohen Beschäftigungsniveaus und der niedrigen Beschäftigungsschwelle sind durch eine Reihe von Faktoren zu erklären. Herauszuheben sind der geschützte Binnensektor, der erfolgreiche internationale Sektor, das liberale Arbeitsrecht, die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die dezentrale Lohnfindung, die geringe Abgabenbelastung, das hohe Qualifikationsniveau, die arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik und das hohe Arbeitsethos der schweizerischen Bevölkerung.

### ***2.2.1 Geschützter, beschäftigungsintensiver Binnensektor***

Wie in Kapitel 1.2 beschrieben, besteht die schweizerische Wirtschaft aus einem kleineren, wissens- und kapitalintensiven internationalen Sektor und einem größeren, beschäftigungsintensiven Binnensektor. Letzterer ist durch staatlichen und privaten Protektionismus weitgehend vor Konkurrenz geschützt. Hierdurch sichert er zahlreiche Arbeitsplätze, die unter anderen Bedingungen nicht wettbewerbsfähig wären. Insgesamt entfallen auf ihn etwa fünf Sechstel der Erwerbstätigen. Der Binnensektor besteht zum größten Teil aus Dienstleistungsunternehmen, allerdings können auch einige Teile des produzierenden Gewerbes und die Landwirtschaft hierzu gezählt werden.

Etwa 30 Prozent der Beschäftigten des Binnensektors arbeiten in wenigen sehr großen Unternehmen.<sup>60</sup> Bei diesen sogenannten „Binnenmarkt-Elfanten“ handelt es sich vorrangig um (halb-)staatliche Dienstleistungsunternehmen sowie genossenschaftliche Großverteiler, wie beispielsweise die Energieversorger, die Bahn, die Post und die Branchenriesen des Einzelhandels. Auch die öffentliche Verwaltung kann diesem Bereich zugeordnet werden. Die Märkte, auf denen diese Großunternehmen agieren, sind, anders als in den meisten anderen Industrieländern, noch kaum dereguliert worden. Folglich sind die Arbeitskräfte von einem wettbewerbsbedingten Anpassungsdruck bisher verschont geblieben.

---

<sup>59</sup> Vgl. Straubhaar/Werner (2003), S. 64f.

<sup>60</sup> Vgl. Wagschal et al. (2002), S. 143.

Neben diesen Großunternehmen besteht der Binnensektor aus zahlreichen kleinen und mittelgroßen Betrieben. Über 97 Prozent der schweizerischen Unternehmen haben weniger als 100 und knapp 80 Prozent weniger als 10 Angestellte. In Deutschland liegen diese Eckwerte bei 95 bzw. 67,5 Prozent.<sup>61</sup> Vorrangig handelt es sich dabei um Betriebe des Handwerks, der Gastronomie, der Immobilienwirtschaft, des Gesundheits- und Sozialwesens sowie sonstiger persönlicher Dienstleistungen. Die Unternehmen dieser Bereiche sind meist in föderalistischen Verbänden organisiert. Innerhalb dieser regionalen und lokalen Verbandstrukturen werden häufig Kartelle organisiert, die die Betriebe vor Konkurrenz schützen. Zudem schotten die Kantone durch Zulassungsbeschränkungen für bestimmte Berufe und eine strikt kantonale Auftragsvergabe bei öffentlichen Beschaffungen ihre lokalen Märkte ab.

Insgesamt trägt also der vor Wettbewerb weitgehend geschützte schweizerische Binnensektor zum hohen Beschäftigungsniveau bei. Allerdings muss dies teuer bezahlt werden. In fast keinem Land der Welt sind die Preise für Leistungen des Binnensektors so hoch wie in der Schweiz. Vor allem ist die Abschottung des Binnensektors ein wesentlicher Grund für die lange schweizerische Wachstumsschwäche (siehe Kapitel 1).

### ***2.2.2 Sehr erfolgreicher internationaler Sektor***

Im internationalen Sektor arbeitet ein Sechstel aller Erwerbstätigen. Dabei handelt es sich um sehr produktive und damit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, die einen bedeutenden Anteil zur nationalen Wertschöpfung beitragen.

Der internationale Sektor wird von Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen der Branchen Chemie/Pharma, Maschinenbau sowie Instrumente/Uhren dominiert. In den oft großen Konzernen des Kredit- und Versicherungsgewerbes arbeiten mit über fünf Prozent aller Erwerbstätigen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Personen. In Deutschland sind es reichlich drei Prozent.<sup>62</sup> Hierin spiegelt sich die Bedeutung des Finanzplatzes Zürich wieder. Die Schweiz genießt besonders in

---

<sup>61</sup> Vgl. OECD (2002a), S. 240.

<sup>62</sup> Vgl. BFS (2003), T 3.2.1.5 und SatBA (2002), S. 139.

der Vermögensverwaltung eine internationale Sonderstellung, die sie unter anderem ihrem strengen Bankgeheimnis verdankt.

Auch unter den international ausgerichteten Industrieunternehmen finden sich viele große Konzerne. Hierzu gehören weltbekannte Marken wie Novartis, Roche, ABB oder die Swatch-Group. Andererseits gibt es auch eine ganze Reihe kleiner und mittlerer, meist innovativer und hoch spezialisierter Unternehmen aus den Branchen Maschinenbau, Biotechnologie und Feinmechanik. Die Industrieunternehmen des internationalen Sektors stehen für fast drei Viertel der schweizerischen Warenexporte.<sup>63</sup> Sie produzieren hochwertige und recht preisunelastische Güter.<sup>64</sup> Hierdurch sind sie weniger konjunkturanfällig und vor allem ungleich geringer vom allgemeinen Beschäftigungsrückgang des verarbeitenden Gewerbes betroffen. Entsprechend hat sich ihr Anteil an allen Industriebeschäftigten seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre von reichlich 40 Prozent auf heute knapp 45 Prozent erhöht.<sup>65</sup>

Der internationale Sektor ist somit das Rückgrat der Ökonomie und Garant des schweizerischen Wohlstandes. Durch seinen Erfolg sichert er nicht zuletzt die Beschäftigung im Binnensektor, deren Vorleistungen er nachfragt. Zudem zahlt er hohe Steuern und Sozialbeiträge an den Staat, mit denen dieser wiederum die Betriebe des Binnensektors subventioniert.

### ***2.2.3 Wirtschaftliche Sonderfaktoren***

Unabhängig von der dualen Wirtschaftsstruktur gibt es noch einige weitere wirtschaftliche Sonderfaktoren, die das hohe schweizerische Beschäftigungsniveau erklären können. So hat die Schweiz aufgrund ihrer landschaftlichen und klimatischen Gegebenheiten äußerst günstige Voraussetzungen als Reiseland. Acht bis neun Prozent aller Arbeitsplätze hängen direkt (Hotellerie, Gastronomie) oder indirekt (Transport, Werbung) vom Tourismus ab.<sup>66</sup>

Auch ist der Anteil der in der Landwirtschaft Arbeitenden mit 4,1 Prozent der Erwerbstätigen im internationalen Vergleich hoch. In Deutschland

---

<sup>63</sup> Vgl. BFS (2003), Fig. 6.7.

<sup>64</sup> Vgl. Straubhaar/Werner (2003), S. 63.

<sup>65</sup> Vgl. BFS (2003), T 3.2.1.5.

<sup>66</sup> Vgl. BFS et al. (2002), S. 6.

sind es nur 2,5 und in Großbritannien sogar nur 1,4 Prozent.<sup>67</sup> In der Schweiz sichern vor allem die hohen Außenzölle und Subventionen das Überleben zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe. Etwa drei Viertel ihrer Einkommen beziehen die schweizerischen Landwirte aus staatlichen Zuwendungen. In den Ländern der EU-15 sind es im Schnitt nur 40 Prozent.<sup>68</sup>

Im verarbeitenden Gewerbe profitiert die Schweiz zudem davon, dass sie keine industriellen Altlasten hat.<sup>69</sup> Ein Strukturwandel wie in anderen frühindustrialisierten Ländern in der Kohle-, Stahl- und Werftindustrie musste nicht bewältigt werden.

Schließlich spielt für den Arbeitsmarkt bestimmter Regionen, wie beispielsweise Genf, der auf der schweizerischen Neutralität gründende hohe Besatz an internationalen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen eine nicht zu vernachlässigende Rolle.<sup>70</sup>

#### **2.2.4 Liberales Arbeitsrecht**

Der in Teilen stark regulierten schweizerischen Wirtschaft steht ein sehr liberales Arbeitsrecht gegenüber. Vor allem der individuelle Kündigungsschutz,<sup>71</sup> aber auch Zeitarbeit und befristete Beschäftigung sind im Vergleich zu anderen OECD-Ländern schwach reguliert.<sup>72</sup>

Dies dürfte ein wichtiger Grund für die niedrige schweizerische Beschäftigungsschwelle sein. Denn hierdurch fällt es den Unternehmen leichter, bei kurzfristigem Bedarf neue Arbeitskräfte einzustellen. Sie müssen nicht befürchten, bei Umstrukturierungs- oder wirtschaftlicher Schwächephasen ihren Personalbestand nicht an die neue Situation anpassen zu können.

Auch die bessere Beschäftigungssituation von Frauen, jungen Arbeitskräften und (Langzeit-)Arbeitslosen dürfte ihre Ursache unter anderem im liberalen Arbeitsrecht haben. Denn im internationalen Vergleich zeigt sich,

---

<sup>67</sup> Vgl. OECD (2003a), S. 32f.

<sup>68</sup> Vgl. OECD (2004a), S. 132.

<sup>69</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung (27. Juli 2004).

<sup>70</sup> Vgl. Credit Suisse (2001), S. 25.

<sup>71</sup> Die Kündigungschutzfrist beträgt je nach Betriebszugehörigkeit ein bis drei Monate. Der Arbeitgeber muss keine weitere Begründung für die Entlassung angeben, teure Arbeitsgerichtsprozesse sind selten und Abfindungen werden auf Basis einer klaren gesetzlichen Regelung nur an langjährig Beschäftigte gewährt.

<sup>72</sup> Vgl. OECD (1999), S. 66.

dass in Ländern mit strengem Kündigungsschutz gerade diese Personengruppen bevorzugt vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, während die Stammbeschafteten - in der Regel Männer mittleren Alters - gut vor Entlassungen geschützt sind.<sup>73</sup>

### **2.2.5 Aktivierende Arbeitsmarktpolitik**

Auch die aktivierende Arbeitsmarktpolitik trägt zur hohen Erwerbstätigen- und vor allem niedrigen Arbeitslosenquote bei. Als Reaktion auf die gestiegene Arbeitslosigkeit und die Defizite in der Arbeitslosenversicherung reformierte die Schweiz 1996 ihre Arbeitsmarktordnung. Einerseits wurden Betreuung und Vermittlung verbessert, andererseits der Druck auf die Arbeitslosen erhöht, sich aktiv um eine neue, gegebenenfalls auch weniger attraktive Stelle zu bemühen. 2003 folgte eine weitere Reform, die die Anstrengungen in die gleiche Richtung forcierte und zudem eine deutliche Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum Ziel hatte.<sup>74</sup>

Arbeitslose werden in Regionalen Vermittlungszentren (RAV) betreut, die einer externen Kontrolle unterliegen. Kantone, deren Vermittlungszentren überdurchschnittlich gute Wiedereingliederungserfolge aufweisen, bekommen vom Bund jährlich drei Prozent ihrer Kosten zurückerstattet.

Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung (Tagesgeld) erwirbt ein Versicherter, wenn er innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate (vor 2003 sechs Monate) Beiträge gezahlt hat. Der Beitragssatz liegt bei zwei Prozent (zuvor drei Prozent).<sup>75</sup> Das Tagesgeld beträgt 70 Prozent des letzten Verdienstes, bzw. 80 Prozent, wenn Unterhaltspflichten gegenüber Kindern bestehen. Anders als etwa in Deutschland müssen hiervon noch Sozialbeiträge und Steuern gezahlt werden. Die Dauer des passiven Tagesgeldbezuges beträgt sieben Monate (150 Tage).<sup>76</sup> Im Anschluss daran kann nur noch durch die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme ein Anspruch geltend gemacht werden. Hierdurch verlängert sich die ma-

---

<sup>73</sup> Vgl. Eichhorst et al. (2004), S. 168ff.

<sup>74</sup> Zu den folgenden Ausführungen vgl. OECD (2004a), S. 158/197; Straubhaar/Werner (2003), S. 66ff. sowie Werner/Winkler (2003), S. 38f.

<sup>75</sup> Zudem wurde der zusätzliche Solidarbeitrag von Spitzenverdienern in Höhe von zwei Prozent schrittweise abgeschafft.

<sup>76</sup> Das Arbeitslosengeld wird in der Schweiz nach Tagessätzen gezahlt. Fünf Tage werden als eine Woche gezählt.



ximale Bezugsdauer einschließlich der ersten sieben Monate auf 1,5 Jahre (400 Tage). Vor 2003 waren es noch zwei Jahre (520 Tage).<sup>77</sup> Danach erlischt der Versicherungsschutz und es muss Sozialhilfe beantragt werden.<sup>78</sup>

Während des Tagesgeldbezuges muss sich der Arbeitslose aktiv um eine Stelle bemühen und dies durch Vorlage von monatlich rund 10 Bewerbungen belegen. Als zumutbar gilt jede Arbeit, die mindestens in der Höhe des Arbeitslosengeldes entlohnt wird. Dabei ist eine Wegstrecke von täglich zwei mal zwei Stunden in Kauf zu nehmen. Falls nach sieben Monaten keine Stelle gefunden wurde, ist jeder Arbeitslose zur Teilnahme an einem Aktivierungsprogramm verpflichtet. Hierzu zählen Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Jobs mit zeitlich befristeten Lohnkostenzuschüssen für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmer sowie vorübergehende Beschäftigungsangebote bei öffentlichen oder privaten Institutionen ohne Erwerbszweck. Auch während des jeweiligen Programms ist der Arbeitslose angehalten, eine reguläre Beschäftigung zu finden. Wer seine Suchbemühungen nicht nachweisen kann, eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme ausschlägt bzw. abbricht oder eine zumutbare Arbeit nicht annimmt, bekommt das Tagesgeld für zwei Monate komplett gestrichen. Außerdem werden durch die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme keine neuen Beitragszeiten aufgebaut. Die Arbeitslosen stehen somit unter erheblichem Druck, eine Stelle zu finden und anzunehmen.

Eine schweizerische Besonderheit ist der "Zwischenverdienst". Liegt der Lohn einer neuen Stelle unterhalb der Arbeitslosenentschädigung, zahlt die Arbeitslosenversicherung für bis zu 24 Monate 70 bis 80 Prozent der Differenz zum letzten Gehalt. Der Arbeitslose erzielt so ein höheres Einkommen als beim Tagesgeld, bleibt im Kontakt mit dem Berufsleben und bekommt zudem neue Beitragszeiten angerechnet. Personen im Zwischenverdienst

---

<sup>77</sup> Ältere Arbeitnehmer (55 und älter), die mindestens 18 Monate Beitragszeiten haben, sind von der Reduktion nicht betroffen. Ebenso können Regionen mit einer Arbeitslosenquote von über fünf Prozent weiterhin 520 Tagesgeldsätze gewähren.

<sup>78</sup> Die Sozialhilfe ist in der Schweiz kantonal geregelt und unterlag in der Vergangenheit einigen Anpassungen und Veränderungen. Als Orientierungsrahmen dienen die SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe). Demnach ist das Sozialhilfeniveau durchaus hoch, allerdings gelten nur sehr geringe Vermögensfreibeträge. Für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger bestehen zudem negative und positive Anreize zur Arbeitsaufnahme, wie zum Beispiel Zuverdienstmöglichkeiten und die amtliche Zuweisung von Stellen. Vgl. [www.skos.ch](http://www.skos.ch).

müssen sich aber weiterhin um Stellen bemühen, vermittelbar sein und alle weiteren Auflagen erfüllen.

Insgesamt hat die Reform der Arbeitslosenversicherung positive Wirkung gezeigt. Der Beschäftigungsanstieg in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wird ihr zur Hälfte zugeschrieben. Auch zur jüngsten Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit dürfte sie ihren Beitrag geleistet haben. Allerdings wächst die Zahl von Personen in Arbeitsmarktprogrammen, die somit aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden.<sup>79</sup> Hier wird sich erst noch erweisen müssen, ob deren Chancen auf eine Rückkehr in reguläre Beschäftigung tatsächlich steigen. Erste Evaluationsstudien zeigen, dass die Zwischenverdienste sehr erfolgsversprechend sind, während die Maßnahmen zur vorübergehenden Beschäftigung, am ehesten vergleichbar mit den deutschen ABM, offensichtlich sogar das Gegenteil bewirken.<sup>80</sup>

### ***2.2.6 Dezentrale Lohnfindung***

Auch die dezentrale Tarifpolitik ist ein wichtiger Eckpfeiler des schweizerischen Beschäftigungserfolgs. In der Schweiz handelt jedes Unternehmen direkt mit der eigenen Belegschaft die Löhne aus. Flächentarifverträge gibt es nicht. Für 44 Prozent der Arbeitnehmer des privaten Sektors existieren zentral von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ausgehandelte Gesamtarbeitsverträge (GAV), die den deutschen Manteltarifverträgen ähneln. Hierin werden längerfristige Vereinbarungen beispielsweise zu Arbeitszeiten, Urlaubsansprüchen und Versicherungsleistungen getroffen. Einzel- wie Gesamtarbeitsverträge basieren auf dem Prinzip von "Treu und Glauben". Streitigkeiten werden nach Möglichkeit einvernehmlich und auf betrieblicher Ebene gelöst. Zumeist gilt die absolute Friedenspflicht, die sämtliche Kampfmaßnahmen während der Laufzeit von Verträgen ausschließt.<sup>81</sup> Im internationalen Vergleich ist die Schweiz mit Japan und Österreich eines der streikärmsten Länder.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Bertelsmannstiftung (2000 und 2002).

<sup>80</sup> Zur Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vgl. Lechner/Gerfin (2000), S. 396ff.

<sup>81</sup> Vgl. Degen (ohne Jahr) und Straubhaar/Werner (2003), S. 70f.

<sup>82</sup> Im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 2001 gingen jährlich zwei Tage durch Streiks verloren, in Deutschland waren es neun. Vgl. IW-Köln (2004a), S. 9.

Durch die betriebliche Lohnfindung können die Unternehmen die Personalkosten auch bei kurzfristigen gesamt- und oder betriebswirtschaftlichen Änderungen flexibel gestalten und so wettbewerbsfähig bleiben.<sup>83</sup> Die Belegschaften dürften dabei im Zweifel der Arbeitsplatzsicherung eine größere Priorität als Lohnerhöhungen beimessen. Viele Gesamtarbeitsverträge enthalten sogar ausdrücklich den Hinweis, bei Lohnverhandlungen auf die allgemeine Situation am Arbeitsmarkt und in der Volkswirtschaft Rücksicht zu nehmen.<sup>84</sup> Das schweizerische verarbeitende Gewerbe wies in den letzten 20 Jahren nach Japan die zweitniedrigsten tariflichen Arbeitskostenzuwächse auf.<sup>85</sup>

Dennoch ist auch die Schweiz aufgrund des hohen Produktivitäts- und Preisniveaus sowie des starken Franken ein Hochlohnland. Allerdings müssen die Schweizer für ihren Lohn lange arbeiten. Die tarifliche Jahres-Sollarbeitszeit eines Industriearbeitnehmers ist mit durchschnittlich 1.844 Stunden nach den USA (1.904 Stunden) die zweithöchste unter den führenden Industrieländern.<sup>86</sup> Sie liegt 287 Stunden über dem westdeutschen Mittelwert. Auf Stundenbasis sind daher die Lohnkosten im verarbeitenden Gewerbe gegenwärtig rund fünf Prozent niedriger als in Westdeutschland.<sup>87</sup>

### ***2.2.7 Geringe Abgabenbelastung von Arbeitseinkommen***

Für die im Vergleich zu Westdeutschland etwas niedrigeren Arbeitskosten sind allerdings nicht alleine die Tarifabschlüsse verantwortlich. Vor allem die Lohnzusatzkosten sind in der Schweiz aufgrund geringerer Sozialbeiträge niedrig. Zudem erhebt der Staat niedrigere Steuern auf Arbeitseinkommen. Insgesamt begünstigt die geringe Abgabenbelastung sowohl die Arbeitsnachfrage als auch das Arbeitsangebot.

---

<sup>83</sup> Vgl. Straubhaar/Werner (2003), S. 7.

<sup>84</sup> Vgl. bspw. folgende GAV des Schreinergerwerbes, Isoliergerwerbes und des Kanton Solothurn: [http://www.schreiner.ch/?wm=m\(31\)sp\(-1\)](http://www.schreiner.ch/?wm=m(31)sp(-1)), <http://www.isolsuisse.ch/pages/gav.pdf>, <http://www.iso.ch/dokumente/GAV/GAV.pdf>

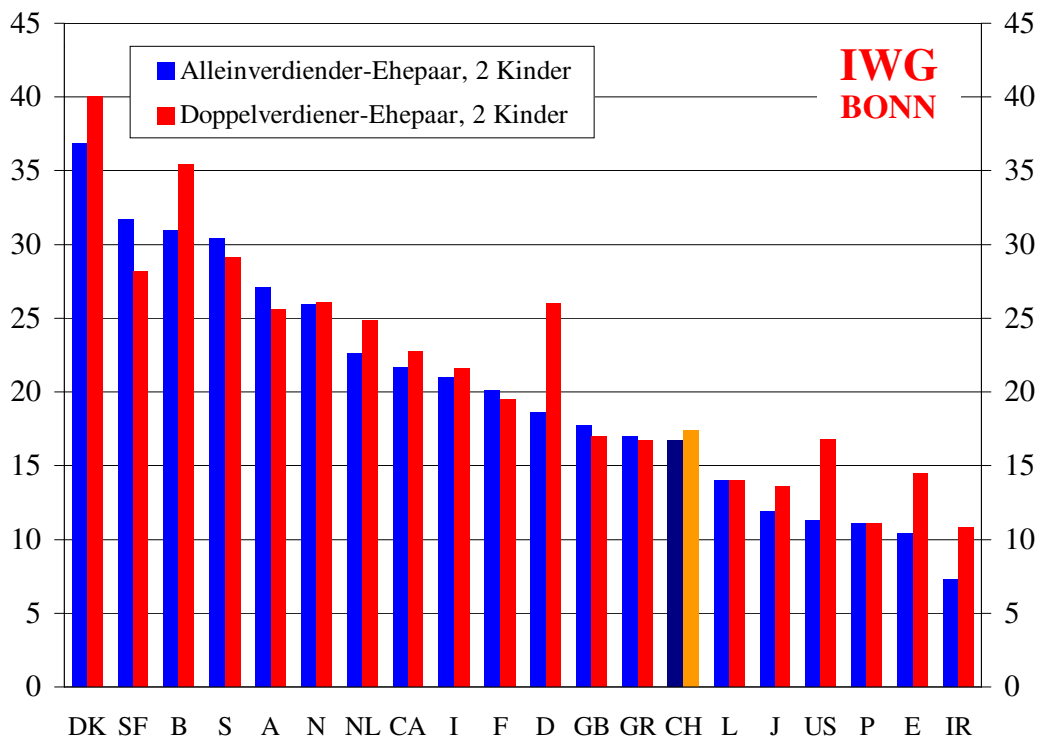
<sup>85</sup> Im Vergleich mit 13 EU-Ländern sowie Norwegen, Kanada und den USA. Vgl. Schröder (2003), S. 44f.

<sup>86</sup> Zudem hat sie sich mit zwei Stunden seit 1995 kaum verringert, während sie in Westdeutschland um 31 Stunden zurückging. Vgl. IW-Köln (2004a), S. 8.

<sup>87</sup> Vgl. IW-Köln (2004b), S. 2.

Besonders begünstigt sind gering Qualifizierte.<sup>88</sup> Denn es sind in der Regel einfache Tätigkeiten, die bei hohen Sozialbeträgen wegrationalisiert oder verlagert werden.<sup>89</sup>

**Schaubild 8: Belastung des Bruttolohns mit Steuern und Sozialbeiträgen im internationalen Vergleich 2002**



Quelle: OECD (2003b)

Zudem fördern geringe Abgaben die Bereitschaft von Erwerbsfähigen, ihre Arbeitskraft anzubieten. Wie Schaubild 8 für verschiedene Haushaltstypen zeigt, ist in der Schweiz der Bruttoarbeitslohn nur recht mäßig mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet. Damit ist der Abstand zwischen brutto und netto gering, was die Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen, erhöht. Auch der Anreiz schwarz zu arbeiten sinkt. Ferner sind in der Schweiz Doppelverdiener - anders als etwa in Deutschland - nicht stärker belastet als Al-

<sup>88</sup> Die Personalzusatzkosten betragen in der Schweiz 53 Prozent des Direktentgelts. In Westdeutschland sind es 79 und in Frankreich, Österreich und Italien sogar über 90 Prozent. Allerdings enthalten die Lohnzusatzkosten nicht nur gesetzliche Sozialbeiträge, sondern auch betriebliche Leistungen, wie zum Beispiel bezahlte Urlaubstage und die Kosten der Berufsausbildung. Vgl. Schröder (2003), S. 41.

<sup>89</sup> Vgl. Eichhorst et al. (2004), S. 202/234f.

leinverdiener.<sup>90</sup> Folglich kann das Nettohaushaltseinkommen deutlich erhöht werden, wenn der Ehepartner eine Arbeit aufnimmt. Dies dürfte nicht zuletzt ein Grund für die höhere Erwerbsneigung von Frauen sein.<sup>91</sup>

Dass die Abgabenbelastung im internationalen Vergleich niedrig ist, hängt vor allem mit der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zusammen. Das Gesundheitswesen wird unabhängig vom Erwerbsstatus über eine pauschale Kopfprämie finanziert. Der Sozialausgleich erfolgt über Steuern. Die Gesundheitskosten belasten somit nicht die Löhne. Die staatliche Alterssicherung (AHV) wird zwar paritätisch über Beiträge finanziert, deckt aber nur eine kleine Grundrente ab. Daneben gibt es für Arbeitnehmer eine obligatorische kapitalgedeckte Betriebsrente. Die Arbeitgeberbeiträge zur staatlichen Rente sind niedrig und zur betrieblichen Rente fallen sie nur auf einen begrenzten Einkommensteil an. Zudem können sie steuerlich abgesetzt werden. Darüber hinaus sorgen viele Schweizer zur Sicherung ihres Lebensstandards im Alter zusätzlich privat vor. In diesem auf drei Säulen ruhenden Rentensystem dürfte ein wichtiger Grund für die hohe Erwerbstätigenquote der älteren Erwerbsbevölkerung liegen. Denn um die niedrige staatliche Grundrente mit betrieblichen und privaten Renten aufzubessern, besteht ein hoher Anreiz, möglichst lange zu arbeiten. Zudem werden bei vorzeitigem Bezug der gesetzlichen Rente hohe Abschläge fällig.<sup>92</sup> Umfangreiche Frühverrentungen wie bislang in Deutschland oder Österreich gibt es in der Schweiz nicht.<sup>93</sup>

### ***2.2.8 Hohes Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung***

Positiv auf die schweizerische Beschäftigungssituation wirkt auch das hohe Qualifikationsniveau der Bevölkerung. Reichlich ein Viertel der 25- bis 64-Jährigen sind Akademiker. Zum Vergleich: in Deutschland sind es 22,3 Prozent, in Österreich lediglich 16,9 Prozent. Hochschulabsolventen haben allgemein die größten Chancen auf dem Arbeitsmarkt und tragen somit überdurchschnittlich zum hohen schweizerischen Beschäftigungsniveau bei.

---

<sup>90</sup> Alleinverdiener-Haushalte profitieren in Deutschland vor allem vom Ehegattensplitting.

<sup>91</sup> Vgl. ebenda, S. 214f.

<sup>92</sup> Der jährliche Abschlag beträgt 6,8 Prozent gegenüber 3,6 in Deutschland. Zum internationalen Vergleich der Rentensysteme siehe Fenge et al. (2003).

<sup>93</sup> Vgl. Eichhorst et al. (2004), S. 230.

Dagegen ist der Anteil gering Qualifizierter klein. Nur 13 Prozent, gegenüber 17 Prozent in Deutschland und sogar 22 Prozent in Österreich, haben keine Ausbildung, die über die schulische Grundbildung hinausgeht.<sup>94</sup> Somit belastet diese Gruppe, die generell schlechtere Beschäftigungsaussichten hat, den schweizerischen Arbeitsmarkt wenig. Hinzu kommt, dass Geringqualifizierte in der Schweiz leichter einen Arbeitsplatz finden als in anderen Ländern. Dies liegt unter anderem daran, dass in der Schweiz einige beschäftigungsintensive Wirtschaftszweige, wie beispielsweise der Tourismus, einen höheren Stellenwert haben. Zudem fördern die niedrigen Lohnzusatzkosten die Arbeitskräftenachfrage im Segment gering produktiver Tätigkeiten.

### ***2.2.9 Arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik***

Ferner trägt die schweizerische Zuwanderungspolitik zur guten Beschäftigungssituation bei. In der Schweiz ist diese traditionell an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet. In der Vergangenheit führte dies dazu, dass Ausländer als "Konjunkturpuffer" dienten und während wirtschaftlicher Krisen das Land verlassen mussten.<sup>95</sup> Mittlerweile haben aber die meisten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus und sind gut in den Arbeitsmarkt eingebunden. Immerhin hat ein Viertel der Erwerbstätigen keinen schweizerischen Pass. Allerdings verlieren Ausländer auch heute noch in wirtschaftlichen Schwächephase schneller ihren Arbeitsplatz als schweizerische Staatsbürger. Daher schwankt ihre Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquote stärker mit dem Konjunkturzyklus.

Jährlich legt der Bundesrat Kontingente fest, durch die einerseits eine Balance zwischen angestammter und ausländischer Wohnbevölkerung hergestellt und andererseits den Interessen der Wirtschaft Rechnung getragen werden soll. Eine Arbeitsgenehmigung ist zunächst befristet, kann aber bei Bedarf verlängert werden. Sie wird nur erteilt - hochqualifizierte Fach- und

---

<sup>94</sup> Vgl. WKO (2003).

<sup>95</sup> Während der Rezessionen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurde die Arbeitslosigkeit exportiert. Der Beschäftigungsrückgang zwischen 1974 und 1976 entfiel zu drei Vierteln auf nicht niedergelassene Ausländer. Vgl. Straubhaar/Werner (2003), S. 68ff.

Führungskräfte ausgenommen - wenn sich keine inländische Arbeitskraft findet.<sup>96</sup>

Die Folge: Oft sind Ausländer entweder in weniger "attraktiven" Wirtschaftszweigen, wie etwa der Gastronomie, dem Baugewerbe oder in Privathaushalten beschäftigt. Solche schlechter bezahlten Tätigkeiten werden vor allem von Personen aus Nicht-EU- und südlichen EU-Staaten (EU-15) erbracht, die mit vier Fünfteln<sup>97</sup> die große Mehrheit der ausländischen Bevölkerung stellen. Oder sie finden sich in Führungspositionen, vor allem in den internationalen Branchen. Hier arbeiten besonders Nord- und Westeuropäer, die aufgrund ihres hohen Qualifikationsniveaus - mehr als die Hälfte verfügen über eine akademische Ausbildung<sup>98</sup> - im Schnitt sogar höhere Einkommen als schweizerische Arbeitskräfte erzielen.<sup>99</sup>

Die am jeweiligen quantitativen und qualitativen Arbeitskräftebedarf orientierte Zuwanderungspolitik garantiert zu einem gewissen Grad ein hohes Beschäftigungsniveau der ausländischen Bevölkerung. Die Wirtschaft profitiert, da Engpässe des Arbeitsangebots flexibel ausgeglichen werden können. Zudem fördert der hohe Anteil ausländischer Spitzenkräfte die internationale Vernetzung - etwa bei strategischen Aktivitäten oder beim Technologietransfer. Dies ist in einer globalisierten Welt ein wichtiger Standortfaktor und dürfte somit die gesamte Beschäftigungssituation positiv beeinflussen.

#### ***2.2.10 Hohes Arbeitsethos und mehr Eigenverantwortung***

Schließlich beeinflussen (arbeits-)kulturelle Prägungen und Mentalitäten den schweizerischen Arbeitsmarkt. Trotz Wertewandels dominiert in der Schweiz noch immer eine hohe Arbeitsmoral,<sup>100</sup> die auf dem protestantisch-calvinistischen Arbeitsethos gründet. Das Bewusstsein, sich durch harte Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen zu müssen, fördert ein Klima, in dem Nichtstun oder gar in der "sozialen Hängematte" liegen, gesellschaft-

---

<sup>96</sup> Vgl. ebenda (2003), S. 70.

<sup>97</sup> Vgl. BFS (2002), S. 2ff. und BFS online: [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber01/petra\\_de/deutsch/T1\\_1\\_24.xls](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber01/petra_de/deutsch/T1_1_24.xls)

<sup>98</sup> Vgl. BFS (2004), S. 8.

<sup>99</sup> Vgl. BFS (2002), S. 5.

<sup>100</sup> Vgl. Lamprecht/Stamm (1999), S. 151.

lich nicht akzeptiert wird.<sup>101</sup> Es besteht ein außerordentlich hoher Anreiz, Arbeitslosigkeit unter allen Umständen zu vermeiden, auch wenn dies gegebenenfalls mit Opfern verbunden ist.<sup>102</sup>

Eigenverantwortung und Selbsthilfe werden sozialstaatlichen Lösungen vorgezogen.<sup>103</sup> Das spiegelt sich nicht zuletzt in den oben dargestellten institutionellen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes wider. Der geringe individuelle Kündigungsschutz, die befristete und an aktive Mitarbeit gebundene Arbeitslosenunterstützung, die dezentrale Tarifpolitik oder die geringe Belastung mit Steuern und Abgaben - hinter allem steht das Verständnis, dass der Bürger für sein Auskommen vorrangig selbst die Verantwortung trägt. Bei Arbeitslosigkeit kann er von der Gesellschaft nur Unterstützung, nicht aber dauerhafte Fürsorge erwarten.

## **2.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Die gute schweizerische Arbeitsmarktsituation ist durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren zu erklären. In ihrer Gesamtheit bewirken sie, dass alle Bevölkerungsgruppen zu dem hohen Beschäftigungsniveau beitragen. Allerdings ist nicht auf alle Elemente des Beschäftigungserfolges Verlass.

Positiv hervorzuheben ist der sehr flexible Arbeitsmarkt. Die liberalen Arbeitsschutzgesetze, die effiziente Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die dezentrale Lohnfindung sowie die gelenkte Arbeitsmigration eröffnen einen hohen betrieblichen und volkswirtschaftlichen Gestaltungsspielraum zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Insbesondere die niedrige Beschäftigungsschwelle, bei der schon bei geringen Wachstumsraten Arbeitsplätze entstehen, dürfte ihre zentrale Ursache im anpassungsfähigen Arbeitsmarkt haben.

Ebenfalls von zentraler Bedeutung für die gute Beschäftigungslage ist die geringe Belastung des Arbeitsentgelts mit Steuern und Sozialbeiträgen und das hohe Qualifikationsniveau. Allerdings zeichnen sich für beide Einflussfaktoren in jüngerer Vergangenheit Entwicklungen ab, die Gegenmaß-

---

<sup>101</sup> Vgl. Ulrich (2001).

<sup>102</sup> Für die Schweiz konnte der daraus folgenden Zusammenhang von hoher Arbeitsmoral und niedriger Arbeitslosigkeit bereits in empirischen Studien bestätigt werden. Vgl. Lalive d'Epinay/Stutzer (2002), S. 293ff.

<sup>103</sup> Vgl. Obinger (1998), S. 31.



nahmen erforderlich machen. So ist die Abgabenquote in der Schweiz in der letzten Dekade deutlich gestiegen.<sup>104</sup> Entsprechend sollten zügig die Staatsausgaben konsolidiert werden, bevor die Belastungen zu stark auf Arbeitskosten und -einkommen durchschlagen. Ursächlich für den Anstieg ist der zunehmende Bedarf an sozialen Transferleistungen, wie etwa Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe sowie Alters- und besonders Invalidenrenten.<sup>105</sup> Letztere gehen einher mit einer abnehmenden Erwerbsbeteiligung älterer Männer. Bisher ist deren Erwerbstätigenquote zwar noch immer hoch, um aber aus dem allmählichen Rückgang keinen Trend werden zu lassen, sollten Anreize auf Unternehmer- und Arbeitnehmerseite weiter verbessert werden, damit ältere Erwerbspersonen auch künftig lange im Berufsleben verweilen.<sup>106</sup> Eine Senkung der nach Alter gestaffelten Arbeitgeberbeiträge zur beruflichen Rentenversicherung für ältere Arbeitnehmer sowie eine stärker Nutzung von Altersteilzeit sind mögliche Maßnahmen.

Zudem ist mit Blick auf die zuletzt deutlich gestiegenen Arbeitslosenquoten von Ausländern deren Integration zu verbessern. Hier ist insbesondere das Bildungssystem gefordert, da das Qualifikationsniveau eines großen Teils der ausländischen Bevölkerung weit unterdurchschnittlich ist. Aber auch beim schweizerischen Nachwuchs hat die PISA-Studie Lücken offenbart. So sind die schulischen Leistungen im OECD-Vergleich nur noch mittelmäßig und der schulische Erfolg ist mit Ausnahme Deutschlands in keinem Land so stark vom sozialen Status der Eltern abhängig wie in der Schweiz – und das bei vergleichsweise hohem finanziellen Aufwand des Staates. Ferner sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, um dem starken Bedürfnis von Frauen zur Teilhabe am Berufsleben Rechnung zu tragen. Auch die Hochschulausbildung ist zu reformieren. In fast keinem anderen Industrieland ist ein Studium im Verhältnis zum Pro-Kopf-Einkommen so teuer wie in der Schweiz.<sup>107</sup> Dies führt möglicherweise dazu, dass nicht das gesamte Bildungspotential ausgeschöpft wird. Letzteres ist aber für den langfristigen Erfolg gerade der wissens- und

---

<sup>104</sup> In der Schweiz stiegen die Staatseinnahmen in Prozent des BIP zwischen 1990 und 2002 mit rund 4,5 Prozentpunkten so stark wie in keinem anderen von 18 führenden Industrieländern. Vgl. OECD (2004a), S. 64.

<sup>105</sup> Vgl. BFS (2003), digital.

<sup>106</sup> Zu entsprechenden Ursachen und Gegenmaßnahmen vgl. OECD (2004a), S. 153f.

<sup>107</sup> Zu Herausforderungen im Bildungswesen vgl. ebenda, S. 156ff.

technologieintensiven Branchen des internationalen Sektors von grundlegender Bedeutung.

Die größten Risiken für den Arbeitsmarkt birgt der Binnensektor. Er ist geprägt von staatlicher und privater Protektion und staatlicher Subventionen. Beides wird auf Dauer nicht zu halten sein. In einer globalisierten Welt nimmt der Druck zur Öffnung der Märkte zu und die rasant gestiegenen Staats- und Schuldenquoten verlangen ein Gegensteuern bei den Ausgaben der öffentlichen Hand. Zudem sind die Wettbewerbsbeschränkungen eine zentrale Ursache für die andauernde schweizerische Wachstumsschwäche. An der Liberalisierung der Binnenwirtschaft führt kein Weg vorbei. Werden aber die Privilegien der Unternehmen und Beschäftigten des Binnensektors konsequent zugunsten von mehr Wettbewerb beseitigt, ist zumindest kurzfristig ein Beschäftigungsabbau kaum zu vermeiden. Langfristig könnte aber das Wachstumspotential nachhaltig erhöht werden und damit neue Beschäftigung entstehen. Die Chance, dass diese Anpassung gelingt, dürfte aufgrund des flexiblen Arbeitsmarktes gut sein. Auch könnten sich tradierte Wertvorstellungen, wie die hohe Arbeitsmoral und die stärkere Betonung von Eigenverantwortung, für einen erfolgreichen Anpassungsprozess als hilfreich erweisen.

## Bibliographie

- Balastèr, P. (2002): Wettbewerbsbedingungen im Schweizer Binnenmarkt. In: SECO (Hrsg.): WP Discussion Paper No. 6: Hintergrundpapier zum Wachstumsbericht, Bern.
- Bertelsmannstiftung (div. Jahrgänge): Internationales Beschäftigungsranking. Gütersloh.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2004): SAKE 2003 in Kürze, Neuchâtel.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2003): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2003, digital, Bern.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2002): Starke Zunahme der ausländischen Erwerbstätigen, Pressemitteilung, Nr. 0350-0200-90, Neuchâtel.
- BFS, Bundesamt für Statistik, GastroSuisse, hotelleriesuisse, Schweiz Tourismus (ST), Schweizer Tourismus-Verband (STV) (2002): Schweizer Tourismus in Zahlen 2002, Bern.
- Credit Suisse, Economic Research & Consulting (2001): Kanton Genf. Struktur und Perspektiven. Zürich.
- Degen, B. (ohne Jahr): Gesamtarbeitsvertrag (GAV). In: Wörterbuch für Sozialpolitik. Unter: <http://www.socialinfo.de>
- Eichhorst, W.; Thode, E.; Winter, F. (2004): Benchmarking Deutschland 2004. Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Bericht der Bertelsmannstiftung, Berlin u.a.
- Eidgenössische Finanzkontrolle (2004): Schweiz Tourismus. Evaluation der Erfolgsbewertung, der Zufriedenheit und der Zusammenarbeit, Bern. Unter: [http://www.efk.admin.ch/pdf/Evaluation%20Schweiz%20Tourismus\\_d.pdf](http://www.efk.admin.ch/pdf/Evaluation%20Schweiz%20Tourismus_d.pdf)
- Elschner, Ch.; Lammersen, L.; Schwager, R. (2003): The IBC Taxation Index - An International Comparison of the Effective Tax Burden of Companies and on Highly Skilled Manpower. Executive Summary, Mannheim, Basel.
- Europäische Kommission (2004): AMECO-Datenbank. Unter: [http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/indicators/annual\\_macro\\_economic\\_database/ameco\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_en.htm)
- Fenge, R.; Gebauer, A.; Holzner, Ch.; Meier, V.; Werding, M. (2003): Alterssicherungssysteme im internationalen Vergleich: Finanzierung, Leistung, Besteuerung. München.
- Globus Infographik GmbH (2003): Teure Gesundheit. 18. Aug., Sc-8670.
- Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (2000): Auswirkungen des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM) auf den freien Dienstleistungs- und Personenverkehr in der Schweiz. Unter: [www.admin.ch/ch/d/ff/2000/6027.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2000/6027.pdf)
- IW-Köln, Institut der deutschen Wirtschaft (2004a): Standort Deutschland. Ein internationaler Vergleich, Köln.
- IW-Köln, Institut der deutschen Wirtschaft (2004b): Arbeitskosten. Um 36 Prozent teurer als die Konkurrenz. In: iwd Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 35/2004, S. 2.
- Jung, A.; Balzli, B.; Maurer, G.; Pauly, Ch. (2003): Vorbildliche Nachbarn. In: Der Spiegel, 1/2003, S. 34-41.
- Kirchner, Th. (2004): Aldi jagt die Platzhirsche. In: Süddeutsche Zeitung, 8. Okt.
- Lalive d'Epinay, R.; Stutzer, A. (2002): Soziale Arbeitsnorm und Arbeitslosigkeit in der Schweiz, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 138(3), S. 293-319.

- Lamprecht, M.; Stamm, H. (1999): Soziale Lage und die Differenzierung von Lebensformen, Lebenszielen, Wahrnehmungs- und Wertemustern. Schlussbericht der L&S Sozialforschung und Beratung AG, Zürich.
- Lechner, M.; Gerfin, M. (2000): Wirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Schweiz auf die individuellen Beschäftigungschancen von Arbeitslosen, in: IAB Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3/2000, S. 396-404.
- Maddison, A. (2001): The World Economy. Paris.
- NZZ, Neue Zürcher Zeitung Online (11. Aug. 2004): Schwierige Standortsuche für Aldi. Unter: <http://www.nzz.ch/2004/08/11/wi/page-newzzDXR6S704-12.html>
- NZZ, Neue Zürcher Zeitung Online (30. Mai 2004): Die Post geht ab - bloss nicht in der Schweiz. Unter: [http://www.nzz.ch/dossier/2004/abstimmung\\_0926/2004.05.30-wi-article9MPU4.html](http://www.nzz.ch/dossier/2004/abstimmung_0926/2004.05.30-wi-article9MPU4.html)
- Obinger, H. (1998): Soziale Sicherung in der Schweiz. In: Tálos, E. (Hrsg.): Soziale Sicherung im Wandel. Österreich und seine Nachbarstaaten. Ein Vergleich. Wien, S. 31-102.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (2004a): Economic Surveys Switzerland 2003/04, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (2004b): Employment Outlook, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (2003a): Labour Force Statistics 1982-2002, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (2003b): Taxing Wages 2001-2002, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (2002a): OECD Small and Medium Enterprise Outlook, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (2002b): Purchasing Power Parities and Real Expenditure - 1999 Benchmark Year, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (1999): Employment Outlook, Paris.
- OECD, Organisation of Economic Co-operation and Development (1991): Economic Surveys Switzerland 1991/1992, Paris.
- SECO, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2002): Der Wachstumsbericht, Bern.
- Schaltegger, Ch. A. (2004): Ist die Höhe der Staatsquote schuld an der Schweizer Wachstumsschwäche? Eidgenössische Steuerverwaltung (Hrsg), Abt. Steuerstatistik und Dokumentation. Unter: <http://www.estv.admin.ch/data/sd/d/pdf/wachstum.pdf>
- Schneider, F. (2003): Anhaltend große Schattenwirtschaft in Deutschland - Fluch oder Segen. In: Informationen/Dokumentationen 3/04, Schriftenreihe der Handwerkskammer Düsseldorf.
- Schröder, Ch. (2003): Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, in: iw-trends 3/2003, S. 41-48.
- StaBA, Statistisches Bundesamt (2002): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.3, Wiesbaden.
- Straubhaar, Th.; Werner, H. (2003): Arbeitsmarkt Schweiz - Ein Erfolgsmodell? In: IAB Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2003, S. 60-76.
- Süddeutsche Zeitung (27. Juli 2004): Minimalschutz in der Schweiz.
- Ulrich, P. (2001): Liebe Manager: Seid konsequent! In: Berner Zeitung, 20. März.
- Wagschal, U.; Ganser, D.; Rentsch, H. (2002): Der Alleingang. Die Schweiz 10 Jahre nach dem EWR-Nein, Zürich.

- Werner, H.; Winkler, W. (2003): Systeme des Leistungsbezugs bei Arbeitslosigkeit - ein zwischenstaatlicher Vergleich. In: IAB Werkstattbericht 4/2003.
- WKO, Wirtschaftskammer Österreich (2003): Österreich und seine Nachbarn im Vergleich. Wien. Unter: <http://wko.at/statistik/Nachbar/nachbar.htm>
- WKO, Wirtschaftskammer Österreich (1995): Politisches System und Verbändewesen in der Schweiz - ein Vergleich mit Österreich, Wien.
- WZB, Wissenschaftszentrum Berlin (2002): Euromodule Data Tables - unveröffentlicht.